

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstag. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition 60 P. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Urnberg, 23. Juli 1892.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Zur Reform der Unfallversicherung.

Unter diesem Titel macht gegenwärtig ein Artikel die Kunde durch die Unternehmepresse, durch welchen erstens die kürzlich gebrachte Nachricht bestätigt wird, daß im Reichsamt des Innern die Vorarbeiten für eine Umgestaltung und Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes so weit gediehen sind, daß zwei Gesetzentwürfe in Kürze zu erwarten sein werden, und daß zweitens diese Gesetzentwürfe wieder diverse Ueberraschungen für die Arbeiter — ähnlich wie bei der Novelle zum Krankenkassengesetz — enthalten dürften.

Der eine wird die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesammte Handwerk betreffen. In welcher Form dies geschehen wird, darüber hat man der Deffentlichkeit noch keinerlei bestimmte Anhaltspunkte gegeben. Es ist davon die Rede, daß beabsichtigt sei, die Innungen (!) mit dieser Versicherungssparte zu betrauen; andererseits heißt es, daß man den Versuch machen wolle, den Krankenkassen diese Arbeit aufzuladen. Das letztere Projekt wäre diskutabel, wenn das Krankenversicherungswesen in Deutschland nicht ein so vielgestaltiges wäre; diskutabel deshalb, weil mit dieser Maßnahme die Konzentration des gesammten Versicherungswesens angebahnt werden könnte. Ueber den Vorschlag, die Innungen für die Handwerker-Unfallversicherung in Bewegung zu setzen, ist kein Wort zu reden: die Innungen sind einfach unfähig zu einer solchen Arbeit. Trotz der ihnen eingeräumten weitgehendsten Privilegien sind sie ganz und gar unbrauchbar zur Erfüllung der ihnen jetzt schon zustehenden Aufgaben, an eine Erweiterung der letzteren ist daher nicht entfernt zu denken. Man kann einem Toten keine Arbeit zumuthen.

Was den zweiten Gesetzentwurf betrifft, so sollen durch denselben die in der Presse und im Reichstag wiederholt hervorgehobenen Mißstände in den allgemeinen Bestimmungen über die Unfallversicherung beseitigt werden.

Es kommt nun sehr darauf an, was als Mißstände in der angeedeuteten Richtung angesehen wird, und dabei kommt es natürlich in erster Linie wieder darauf an, von wem die Kritik und die Aenderungsansprüche ausgehen. Unsern Lesern sind die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gemachten und von den Abgeordneten Grillenberger und Singer vertretenen, als die dringendsten bezeichneten Aenderungsansprüche zur Genüge bekannt. Bei den Verhandlungen im Reichstag wurden auch von einigen Vertretern der speziellen Unternehmerinteressen, insbesondere von dem „wildliberalen“ Kommerzienrath Böckel, welcher dem Reichsversicherungsamt angehört, Aenderungen darüber gemacht, daß auch die in den Berufsgenossenschaften organisierten Herren Unternehmer verschiedene Schmerzen haben, deren Heilung sie von einer Umgestaltung des Gesetzes erwarten. Mit eigentlichen Vorschlägen rückte man damals noch nicht heraus, aber auch den gelegentlich hingeworfenen Andeutungen ließ sich schon ersehen, daß das, was jene Herren planen, sich gegen die Arbeiter richten werde.

Dies finden wir jetzt bestätigt durch einen Artikel, den das Schweinburg'sche Neptil „Neue Reichskorrespondenz“ verbreitet. Es heißt in demselben u. A.: „Was die letztere Novelle betrifft, so hat sie sich ja nicht als so dringend und wichtig erwiesen, wie die mit dem 1. Januar u. J. in Kraft tretende Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. Man wird vielmehr kaum einem Widerspruch begegnen, wenn man die Behauptung aufstellt, daß das Unfallversicherungsgesetz das beste der bisher erlassenen Arbeiterversicherungsgesetze ist. Immerhin gibt es in ihm eine ganze Zahl von Bestimmungen, welche eine Besserung wohl verdienen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß dies bezüglich derjenigen Renten der Fall ist, welche für Leichtfertigkeit herbeigerufen, d. h. durch den Leichtsin der Arbeiter selbst veranlaßte Unfälle gezahlt werden.“

Hier kommt der Pferdefuß schon mit handgreiflicher Deutlichkeit zum Vorschein. Die Renten für solche Unfälle, welche durch den angeblichen „Leichtsinn“ der Arbeiter hervorgerufen werden, sollen natürlich wegfallen. Würde eine solche Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, so würden die Geldmittel der Berufsgenossenschaften bald nur noch für Verwaltungskosten Verwendung finden, Renten kämen überhaupt nicht mehr oder doch in noch minimalerem Betrage als jetzt schon zur Auszahlung. Denn was rechnet der „humane“ Bourgeois nicht Alles zu den „durch Leichtsin“ verursachten Unfällen?! Ohne erhebliche Schwierigkeit würden die menschenfreundlichen Herren 99 Prozent aller Unfälle unter diese Rubrik einreihen. Mangel an genügenden Schutzvorrichtungen — Leichtsin des Arbeiters, Lässigkeit durch Einstürzen eines schweren Eisenstückes, Steinblockes oder Balkens zc. — Leichtsin des Arbeiters (warum hat er sich auch gerade auf den kritischen Platz gestellt!) u. s. w. u. s. w. bis in's Unendliche. Im alten Haftpflichtgesetz war ja eine ähnliche Bestimmung enthalten: der Arbeiter erhielt nur dann Entschädigung, wenn er nachweisen konnte, daß nicht „höhere Gewalt“, sondern der Unternehmer oder dessen Einrichtungen an dem Unfall schuld waren. Eine Bestimmung, wie sie der Artikel der „N. R. K.“ andeutet, würde einen noch viel schlimmeren Zustand, als er unter dem alten Gesetze bestand, herbeiführen.

Der Offiziosus des Unternehmertums fährt fort: „Nicht weniger nöthig macht sich eine Umgestaltung des Auszahlungsmodus der Entschädigungen. In dem Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 ist man von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Entschädigungen lediglich in Rentenform dem Verletzten bezw. den Hinterbliebenen ausbezahlt werden sollen. Man ließ sich dabei von dem Gedanken bestimmen, daß andernfalls nicht die genügende Gewähr für die Dauer der mit der Entschädigung gezahlten Unterstützung gegeben sei. Man meinte, daß, wenn man den Arbeiter mit einem Kapitale abfände, wie dies beispielsweise nach dem Haftpflichtgesetz geschieht, dann sehr leicht in kurzer Zeit das Kapital verthan oder verloren werden würde, und daß dann der Zweck des Unfallversicherungsgesetzes, mit an der Zufriedenstellung des Arbeiterstandes zu wirken, nicht erfüllt werden würde. Und man hatte Recht mit dieser Anschauung. Jedoch soll man nie einen Grundsatz zu scharf zuspitzen. Auch hier hat sich gezeigt, daß keine Regel ohne Ausnahme ist. Wenn ganz geringfügige entschädigungspflichtige Unfallverletzungen vorkommen, welche eine ganz geringe Entschädigung nach dem jetzigen Gesetze nothwendig machen, so wird bei der Auszahlung der Rente ein Apparat in Bewegung gesetzt, der mit der Größe der Entschädigung in keinem Verhältnisse steht. Auch den Arbeitern selbst ist es nicht zu verdenken, wenn sie, wie es schon vorgekommen ist, der Wege wegen, welche sie zur Erlangung der Rente in regelmäßigen Zwischenräumen machen müssen, ganz auf die letztere verzichten. Es kommt vor, daß die Arbeiter weite Wege machen müssen, um vielleicht eine Rente in Empfang zu nehmen, welche kaum dem Verdienste entsprechniß verloren haben. Diese Verhältnisse hat man bei der Emanation des jetzigen Gesetzes kaum vorausgesehen. Es würde sich deshalb empfehlen, für die kleinen Entschädigungen das Kapitalabfindungsverfahren zu wählen und die ganz kleinen überhaupt in Fortfall kommen zu lassen.“

Ueber den Vorschlag, bei unbedeutenden Verletzungen die einmalige Kapitalabfindung statt der „Rente“ einzuführen, läßt sich ja reden, nur muß die Berechnung des „Kapitals“ denn doch nach ganz anderen Grundsätzen geschehen, als dies unter dem Haftpflichtgesetz geschah, wo den Arbeitern oft Beträge geboten wurden, die geradezu als eine Verhöhnung aufgefaßt werden mußten. Uebrigens würden wir uns nicht wundern, wenn gegen diesen Vorschlag von Renten vom Schlage der Stumm, Müller zc. wieder geltend gemacht würde, die Arbeiter würden sich absichtlich leichten Unfällen aussetzen, um Kapitalisten zu werden. Am liebsten möchten jene Herren ja gar nichts zahlen oder doch die Festsetzung der „Entschädigungen“ der Willkür der einzelnen Fabrikanten überlassen.

Festzuhalten wollen wir das Zugeständnis, daß bei sogenannten geringfügigen Fällen die Arbeiter eine „Rente“ erhalten, für die es sich nicht einmal

lohnt, den Weg zur Empfangnahme zu machen!

Als eine kapitalistische Unverschämtheit sonder Gleichen müssen wir die Forderung bezeichnen, für die „ganz kleinen“ Unfälle die Entschädigung — gleichviel, ob in Form von „Rente“ oder „Kapital“ — überhaupt in Fortfall kommen zu lassen! Das wäre so nach dem Geschmack der edlen „Arbeiterfreunde“! Es bleiben schon jetzt gerade genug kleine Unfälle unentschädigt, wozu den Berufsgenossenschaften namentlich die Herren „Vertrauensärzte“, die ja auch großentheils Fleisch vom Bourgeoisfleisch sind, gar „redlich“ die hilflose Hand reichen. Was würde aber erst Alles zu den „ganz kleinen“ Unfällen gerechnet werden, wenn dieselben ganz unentschädigt blieben!

Zur „Begründung“ seiner unverschämten Forderung sagt das Neptil:

„Es kann unmöglich der Zweck eines Versicherungsgesetzes sein, auf Grund der Versicherung Jemandem Vorteile zukommen zu lassen. Die Versicherung darf nur die Entschädigung für einen stattgehabten Verlust zum Zweck haben. Wenn nun aber der Arbeiter durch einen entschädigungspflichtigen Unfall überhaupt nicht in seiner Erwerbsfähigkeit gestört ist, ja wenn er mit der Alterszunahme zu immer größerem Verdienste aufsteigt, so ist es ungerechtfertigt, ihn, dem die einmal vor Jahren vorgekommene Verletzung nicht im Mindesten an der Ausübung seines Berufes hindert, auf Grund eines Gesetzes zu unterstützen. Man wird gut thun, auch diesen Fragen bei der bevorstehenden Unfallversicherungreform Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Also „mit der Alterszunahme steigt der Arbeiter zu immer höherem Verdienste auf.“ Ist der Schreiber dieses Satzes so dum, eine solche Behauptung aufzustellen oder ist die näher liegende Annahme berechtigt, daß er absichtlich die Thatfachen auf den Kopf stellt?! Es kann ihm doch nicht unbekannt sein, daß ein Aufsteigen der Arbeitslöhne mit der Alterszunahme nur stattfindet während einer verhältnißmäßig kurzen Periode, etwa von der Mitte der zwanziger bis zur Mitte der dreißiger Jahre, daß aber dann ein Stillstand eintritt, daß in sehr vielen Fabriken und Staatsanstalten (!) Arbeiter, die über 40 Jahre alt sind, gar nicht mehr eingestellt werden, und daß der Arbeiter, je älter er wird, meist um so weniger bezahlt bekommt.

Wir wollen uns mit dem journalistischen Hansknuch des Kapitalismus, der in jeder Nummer seiner Korrespondenz die giftigsten und gemeinsten Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie und oft genug gegen die ganze Arbeiterklasse verübt, nicht weiter herumstreiten. Wenn die Gesetzentwürfe vorliegen, werden wir ja sehen, in wie weit der „Geist“ der „Neuen Reichskorrespondenz“ darin Beachtung gefunden haben wird.

Der Hinweis scheint uns aber zum Schluß am Platze zu sein, daß aus den

in dem angezogenen Artikel eröffneten Aussichten wieder einmal mit zwingender Deutlichkeit hervorgeht, wie notwendig eine zielbewusste und energische Arbeitervertretung im deutschen Reichstag ist.

Hausindustrielle und andre Berufsgruppen im Banne des Kapitals.

Die ehemals behäbige Kleinmeistererei ist noch lange nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet. In der Hausindustrie haben sich ganz erstaunlich zahlreiche, aber auch überaus traurige Leberreste erhalten. Den Hausindustriellen gehören noch theilweise ihre Arbeitsmittel, — der Hobel, die Drehbank, Schraubstock und Presse, die so vielfältig verschiedenen Nähmaschinen, die Stick- und Strickmaschinen, der Webstuhl u. s. w. Aber einen sehr wesentlichen Theil der Produktionsmittel bekommt der Hausindustrielle vom Kapitalisten geliefert. Das Holz zum Hobeln, Dreheln, das Metall zum Drehen, Polieren u. s. w., die Stoffe z. B. zum Kleiderverfertigen, das Leder zur Schuh- und Stiefelmacherei, das Garn zum Weben. Und das Produkt der Arbeit verkauft der Hausindustrielle durchaus nicht an die Konsumenten, sondern er arbeitet für den Großvertrieb, den er selbst zu besorgen unfähig ist, zumal er an den Ort gefesselt und mit Geldmitteln gar nicht, oder ganz ungenügend ausgerüstet ist, sowie der weitreichenden Verbindung gänzlich entbehrt, zumal er vielfach sogar Theilprodukte schafft, die weiterer Verarbeitung und Vervollkommnung bedürfen. Diesen Großvertrieb besorgt der Kapitalist, dessen Interesse es ebenso ist, wie das des Fabrikbesitzers, auf Kosten des Arbeiters möglichst billige Waaren auf den Markt zu werfen. Die Herrschaft über seine Arbeit, die der Stolz des Kleinmeisters war, ist dem Hausindustriellen verloren gegangen; seine Arbeit ist mächtiger als er, und mit der Zeit wird er zum Leibeigenen des Großhändlers, dessen Willkür ihm oft noch weit härter fühlbar wird, als dem Fabrikarbeiter. Letzterer ist mit anderen Arbeitern in unaußergehendem Verkehr und daher noch nicht so ganz vereinsamt, so von aller Welt abgeschnitten als der Hausarbeiter. Dem Fabrikarbeiter bleibt bei allem Zwange der Fabrik und ihrer Fabrikordnung noch ein Schimmer von Selbstständigkeit, der dem Hausarbeiter trotz äußerlicher Unbeschränktheit und anscheinender Freiwilligkeit im Zwange der Noth noch leichter abhanden kommt, als jenem.

Die Fabrikarbeiter können sich leichter einer Organisation anschließen, da die Hausarbeiter meist auf einem weiten Terrain zerstreut wohnen. Außerdem ist die Hausarbeit für die Kapitalisten viel angenehmer, als die Fabrikarbeit, weil sie für diese mit viel weniger Lasten beschwert sind. Die Unternehmer haben hier nicht für Arbeitsräume zu sorgen, sie ersparen sich die Anschaffung und Abnutzung der Arbeitsmittel des Hausindustriellen. Mit allerlei gesetzlicher Beschränkung in Bezug auf Arbeitszeit, Art der Lohnzahlung u. s. w. sind sie verschont. Mancherlei Verluste durch Waarenverderb und Arbeitsstörung treffen nur den Hausindustriellen; kurz, auf diesen brüht die Macht des Kapitals noch stärker und schonungsloser als auf den Fabrikarbeiter.

Eine der schlimmsten Plagen des Hausindustriellen besteht in der Anwendung des sogenannten Drucksystems, das nur in einigen Gegenden, aber bei weitem noch nicht in allen, beseitigt ist. Viele von den Unternehmern unterhalten Läden mit Waaren oder Schaustuben, und drängen den von ihnen abhängigen Hausarbeitern die Waaren meist viel — nicht selten bis 50 Prozent — theurer bei der Lohnzahlung auf, oder halten sie bei ver-

selben so lange hin, bis die Arbeiter den Lohn zu einem beträchtlichen Theil in Schnaps vertrunken haben.

Dabei werden die Hausindustriellen bei der Lieferung des Rohmaterials durch die Unternehmer nur zu oft schändlich betrogen, indem ihnen das Material mit einem Preiszuschlag von 10—30 Prozent und noch viel höher berechnet wird.

Bezüglich der Arbeitszeit herrschen in der Hausindustrie die grauenvollsten Zustände. Oft wird täglich 14—18 Stunden lang in den ungesunden Arbeitsräumen gearbeitet. Westwärts der Weber in der Umgegend von Orefeld z. B. wurde konstatiert, daß dieselben von 6 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends zu arbeiten pflegen, indeß die von Neunrath sogar von 5 Uhr Früh bis 9 Uhr Abends thätig sind, bei welcher Gelegenheit oft selbst das Mittagessen nur so zwischen hinein, ohne besondere Ruhezeit eingenommen wird.

Ebenso sehr wie der Fabrikarbeiter und der Hausindustrielle werden alle anderen Gruppen des werththätigen Volkes vom Kapital ausgebeutet, so z. B. die Kaufmannsgehilfen aller Branchen. Der Krämer von früher war in ungefähr derselben Lage wie der selbständige Klein-gewerbetreibende. Er machte seine Bezahlung durch, um einzukaufen, die Waaren zu richten und verkaufen zu lernen. Im Reisen für's Geschäft sammelte er Erfahrungen und lernte die Kunden und ihre Bedürfnisse kennen. Zwischenhinein übte er sich im Korrespondiren und Buchführen. Sein Gehalt war ein auskömmliches und gab zum Sparen Gelegenheit. Hatte er ein Stückchen erübrigt, so ging's an die „Etablierung“, — es ward ein kleines Geschäft gegründet, das bei der geringen Konkurrenz ohne große Schwierigkeiten einen festen Kundenkreis erwarb und die Existenz des Kaufmanns sicher stellte. Heute ist es im Allgemeinen mit den Kaufmannsgehilfen anders und sehr viel schlechter bestellt. Auch sie sind Theilarbeiter geworden, indem sie tagaus, tagein hinter dem Ladentisch stehen, mit einer Reihe bestimmter Waaren zu schaffen und oft in ganz spezialisirten Geschäften, z. B. Kaffeelagerien ein und dieselbe Waare abzuwägen und mit denselben inhaltsleeren Nebenarten den Käufern auszuhandigen haben. Dabei lernen sie von Waarenkunde nicht das mindeste, haben nichts mit der Buchführung und dem Rechnungswesen zu thun; während der Buchhalter seinerseits weder mit dem Einkauf noch mit dem Verkauf zu schaffen hat; der Ladentaxierer sich nur auf die Ladentasse und Geldzählen beschränkt; der Korrespondent nur Briefe schreibt und wiederum von der Buchführung nichts zu lernen braucht, u. s. w.

Zu derartig vollendet einseitiger Beschäftigung braucht man selbstredend nicht erst eine Anzahl Lehrjahre durchzumachen. Jeder Ungerlernte kann mit Erfolg Verwendung finden, der Kaufmannsberuf wird mit Stellungsuchenden überschwemmt, und die Zahl der Anwärter auf Handlungsgelhilfenstellen steigt weit über das Bedürfnis hinaus.

Während so hunderte und tausende junger Kaufleute zu stellunglosen Unthätigen gezwungen sind, gehen viele tüchtige kleine Geschäftsleute, welche nicht das Glück haben, ein Geschäft in besonders günstiger Lage zu besitzen, an der Konkurrenz mit den immer zahlreicher entstehenden und sich immer mehr ausdehnenden großen Kaufhäusern, Bazaren und Versandtgeschäften zu Grunde. Auch im kaufmännischen Beruf blüht die Ausschicht auf Erfolg fast nur noch dem Großkapital. Den mit kleinem Kapital ausgestatteten Anfänger erwartet in den weitaus meisten Fällen sicherer Bankrott. Die große Mehrzahl der kaufmännischen Gehilfen kann gar nicht mehr daran denken, als Kaufmann selbständig zu

werden und es zur sorgenfreien Existenz zu bringen.

Das Braugewerbe, das Schankwirthschaftsgewerbe und so fort ist genau auf demselben Standpunkte angelangt. Der Betrieb ist in's Große, zum Theil riesenhafte hineingewachsen. Der Unternehmer, der früher der Hauptarbeiter seines Geschäftes war, hat höchstens noch die Oberleitung. In den Bierpälästen, bei Aktienbrauereien, sowie Hotels und Großrestaurants-Aktiengesellschaften hat der mitarbeitende Unternehmer dort dem einen Großkapitalisten, hier einem Mubel von Kapitalisten Platz gemacht, deren Thätigkeit sich auf das Dividendenstreben beschränkt. Der Gehilfe arbeitet härter als je. Die Kellner z. B. in großen Cafés, Kiekenrestaurants, Garten-etablissemens rennen Kaffeetassen balancierend oder Maßkrüge schleppend zum großen Theile mit unfehlbarer Sicherheit in die Schwindsucht und in einen frühen Tod hinein, indeß die durch den Massenabfag ermüdete Vortrefflichkeit und Wohlfeilheit der Speisen und Getränke dem kleinen Gasthaus- und Kneipenbesitzer die Gäste ablockt und in den so oft mit Kreditgewährung, Baarunterstützung, Hypothekengeldern z. gespickten Necken der Großbrauerei die ehemaligen Kunden und Geschäftsfreunde des Kleinbrauers sich massenweise fangen lassen.

Ebenso wie der Fabrikarbeiter wird also der Hausindustrielle, der Kaufmannsgehilfe, der Gastwirthsgehilfe u. s. w. vom Kapital unterdrückt und ausgebeutet und allesammt werden im Proletariat vereint. Und dieses hat nun die Aufgabe, als ein einiges Heer den Kampf gegen die für die ungeheure Volksmehrheit schädliche kapitalistische Wirthschaftsordnung zu führen und an ihre Stelle die planmäßig nach den Grundfäden der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einzurichtende und zu leitende Gemeinwirthschaft zu setzen.

Eine Enquete über Arbeitsordnungen.

Der „Vorwärts“ schreibt hierüber:

Mit dem Ergebnis unserer Aufforderung, die Gewerkschaften möchten überall Vertrauensmänner einsetzen, welche Arbeiterbeschwerden für die Fabrikinspektoren sammeln, überprüfen und dann mit den nöthigen Belegen bei dem Aufsichtsbeamten einreichen, können wir recht zufrieden sein. Nach den sächsischen Genossen haben jetzt die württembergischen, und zwar speziell in Stuttgart den Vorschlag befolgt und sind mit der neuen Einrichtung erst einige Erfolge erzielt, so folgen hoffentlich die Genossen an anderen Orten diesen Beispielen. Heute möchten wir nun zeigen, wie die neue Gewerbeordnung noch nach anderer Seite erfolgreich ausgenutzt werden kann.

Es handelt sich dabei um die Arbeitsordnungen und den werthvollen Stoff, den sie uns bieten. Wir wollen dabei nicht von opfermüthigen und tapferen Kämpfern sprechen, die viele unserer Genossen aller Orten haben beginnen müssen, weil man ihnen eine Arbeitsordnung von Seiten der Unternehmer aufzwingen wollte, die jeder Menschlichkeit Hohn sprach. Diese Kämpfe werden in den nächsten Jahren überhaupt nicht aufhören, da die Unternehmer immer wieder versuchen dürften, halb hier, halb dort durch Abänderung der Arbeitsordnung oder bei Errichtung einer neuen Anlage den Arbeitern möglichst vortheilhafte Bedingungen zu diktieren. Auf der anderen Seite sind aber jetzt schon in der Mehrzahl der Fabriken die vom Gesetz vorgeschriebenen Arbeitsordnungen in Kraft; sie bilden, wie es die Regierung bei der Revision der Gewerbeordnung gemollt hat, eine Art schriftlichen Kodex der Arbeitsbedingungen. Freilich haben sich unsere Herren Gesetzgeber gründlich getäuscht, wenn sie glaubten, die Unternehmer wür-

den sich etwa scheuen, gar zu arge Strafen und Arbeitsvorschriften schriftlich festzulegen, sie würden hübsch mit den Arbeitern unterhandeln, so daß Etwas herauskäme, was beiden Theilen genügt, und der „soziale Frieden“ wäre nun hergestellt. Es ist den Unternehmern gar nicht eingefallen, sich vor der schriftlichen Form der Arbeitsordnung zu scheuen und berentwegen die Arbeitsbedingungen humaner zu gestalten bezw. mit den Arbeitern zu vereinbaren. Meistentheils wurde die alte Fabrikklaverei, so weit es die gesetzlichen Vorschriften bis zur Grenze der äußersten Möglichkeit nur gestatten, in die neue Arbeitsordnung mit herübergenommen, und die Behörden, die ja kein Einspruchsrecht innerhalb der lagen Vorschriften des Gesetzes haben, sahen den Dingen ruhig zu. Gerade diese Sachlage aber müssen wir benutzen! Da die neuen Arbeitsordnungen so eine schöne Musterkarte der deutschen Unternehmern-„Humanität“ in allen Branchen sind, so stellen wir den Vorschlag zur Diskussion, dieselben müßten nunmehr recht vollständig gesammelt, gesichtet, bearbeitet und in einer gemeinschaftlichen Bearbeitung herausgegeben werden. Die Gewerkschaften und Vertrauensmänner der einzelnen Orte müßten die Sammlung auf der untersten Stufe vornehmen, die keine Schwierigkeit haben kann, da jeder Arbeiter befähigt ein Exemplar seiner Arbeitsordnung nach gesetzlicher Vorschrift ausgehändigt erhalten muß. Aus allen Fabriken des Ortes oder der Gegend müßten die Arbeitsordnungen zusammengeholt, mit der Firma und ihrer Branche bezeichnet und durch eine Angabe darüber vervollständigt werden, wieviel Arbeiter ungefähr unter der betreffenden Arbeitsordnung beschäftigt sind. Die Gewerkschaften und Vertrauensmänner hätten dann bis zu einem bestimmten Termin die vollständige Sammlung für ihren Ort oder ihre Gegend an eine Zentralstelle abzuliefern, welche die Bearbeitung besorgt. Diese Zentralstelle könnte die Redaktion des „Vorwärts“ sein, welche für die Bearbeitung Sorge tragen würde. Darüber zu entscheiden, überlassen wir jedoch der Diskussion, die sich schon entwickeln wird, wenn die Gewerkschaftsblätter und die Parteiorgane in der Provinz diesen Vorschlag ihren Lesern unterbreiten. Das Letztere wollen die Kollegen von unserer Presse recht schnell besorgen. Wir haben keinen Zweifel, daß sich alsbald eine Einigung über die richtige Inangriffnahme der Sache erzielen lassen wird.

An der Zentralstelle wird sich dann eine Fülle authentischer, unangreifbarer, von den Unternehmern selbst gelieferter Materialien über die Arbeitszeit, die Lohnabrechnung und Lohnzahlung, die Kündigungsfrist u. die Strafgebelter und sonstige Fabrikpächtervorschriften, sowie über die Form überhaupt sammeln, in welcher die Herren Unternehmer mit den Arbeitern zu verkehren für gut befinden. Sorgfältig bearbeitet wird dieses Material grolle Schlaglichter auf deutsche Fabrikverhältnisse werfen. Zugleich wird die Bearbeitung den Genossen aller Orten die Erfahrungen und Erfolge bekannt geben, die anderswo im Kampfe um die Arbeitsordnung erzielt wurden. Der Agitation sind damit neue Waffen geliefert und die Sache der Arbeiter ist wieder um einen kleinen Schritt weiter gefördert. Wir meinen, diese Vortheile des Unternehmens müßten einleuchten.

Deshalb äußert Euch, Genossen in allen Orten über unseren Vorschlag. Der „Vorwärts“ wird denselben mit einer bewährten arbeitsstatistischen Kraft in jeder Beziehung fördern und alle Verbesserungsanträge zu demselben bereitwilligst berücksichtigen.

Handwerker und Arbeiter.

Unter dieser Ueberschrift behandelt Wilhelm Bloß in seiner Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849 (Die deutsche Revolution, Verlag von F. H. W. Diez in Stuttgart, in etwa 22 Lieferungen à 20 S.) die damaligen Bestrebungen der Innungsschwärmer wie die der Arbeiter. Wir finden darin, daß die Handwerks- und Innungsmeister heute noch auf dem gleichen Standpunkte stehen wie damals, also nichts gelernt haben, während die Arbeiter wenigstens den Anfang machten, sich auf eigne Füße zu stellen, wenn sie auch, dem damaligen „Geiste der Zeit“ entsprechend, dabei auf mancherlei Abwege geriethen. Das kann uns indessen nicht wundern, wir sehen ja noch heute, daß eine Menge Arbeiter in den verschiedensten Gruppierungen glauben, die „soziale Frage“ lösen zu können, nur dabei vergessen, daß durch ihre Zerstückelung in diese Gruppen sie direkt denen in die Hände arbeiten, welche ein Interesse daran haben, die Arbeiter nicht einzig werden zu lassen. Das „Theile und herrsche“ hat von jeher seine Wirkung ausgeübt und übt sie noch heute aus. Doch lassen wir nun die interessanten Ausführungen des Verfassers selbst folgen.

Was in der Arbeiterwelt gährte und nach Durchbruch rang, stieß auf entschiedenen Widerstand bei dem zunftmäßigen Handwerkerthume. Von allen Klassen haben die zopftragenden Handwerks- und Innungsmeister im Jahre 1848 die Zeitbewegung am wenigsten verstanden. Wohl hatten sie in vorwärtlichen Tagen sich häufig gegen Polizei und Bürokratie aufgeführt; als aber die erhoffte Freiheit kam, blieben sie mit der hergebrachten Engherzigkeit an ihren Kirchthumsinteressen hängen. Sie glaubten sogar die Revolution benutzen zu können, um alte, längst abgeschorbene Einrichtungen neu zu beleben. Sie demonstrieren gegen die Gewerbefreiheit, deren Wesen sie nicht verstanden, wäl sie nicht über Nasenlänge hinaus sahen. Im April 1848 richteten die Leipziger Innungsmeister einen offenen Brief an alle Innungsgegnern Deutschlands, in welchem sie aufforderten, am Innungswesen, diesem „Kleinode“, festzuhalten. Sie behaupteten, mit der Aufhebung der Innung werde Familie, Haus, Gemeinde, Staat und die ganze Gesellschaft in Trümmer gehen. Auch gegen das allgemeine Wahlrecht wendeten sie sich, denn sie fürchteten, der Meister könne von seinen Gesellen überstimmt werden, so daß schließlich die Gesellen den Meistern Gesetze vorschreiben würden. Dieser lächerliche Dünkel der Meister war verbunden mit einem bornirten Hass gegen die Juden. Die Meister fürchteten vor der Emanzipation der Juden eine gefährliche Konkurrenz und darum hatten sie auch bei verschiedenen Juden-Krawallen des „tolle Jahres“ die Hand im Spiel.

Rühriq waren die Zunftmeister für ihre Sade, das muß man ihnen lassen. Beim Fünziger-Ausschusse zu Frankfurt a. M. ließ im April ein Schreiben vom Dreier Tischlergewerk ein, welches den Ausschuss anforderte, er solle beim Parlament beantragen, daß es in allen die Handwerker betreffenden Fragen nichts beschliesse, „ohne den Rath der Handwerker selbst zu hören“. Das wäre an und für sich ganz vernünftig gewesen, wenn nur die Handwerksmeister selbst vernünftigeren Anschauungen gehabt hätten.

Die Dreme Anregung hatte zur Folge, daß in Hamburg in der Tonhalle am 2. Juni 1848 eine „Abgeordnetenversammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes“ zusammentrat. Der Geist dieser Versammlung war so reaktionär, daß man sogar die Berliner

Märzrevolution als eine Wirkung der Gewerbefreiheit darstellte. Man beschloß indessen, auf den 14. Juli nach Frankfurt a. M. einen Allgemeinen deutschen Handwerker-Kongress einzuberufen, was der Delegirte Selenka aus Braunschweig beantragt hatte. Eine Kommission hatte die Vorarbeiten zu besorgen und diese richtete an das Frankfurter Parlament eine Adresse, dahin lautend:

„1. Wir erklären uns mit der größten Entschiedenheit gegen die Gewerbefreiheit und verlangen, daß dieselbe, soweit sie in Deutschland besteht, durch einen besondern Paragraphen des Reichsgrundgesetzes aufgehoben werde. 2. Wir erklären uns für würdig und befähigt, unsere Angelegenheiten selbst zu ordnen, also auch die Lösung der sozialen Frage (!) selbst zu übernehmen. 3. Wir zeigen dem hohen Parlament an, daß wir auf Grund des Allgemeinen Versammlungsrechtes zum 15. Juli d. J. eine Versammlung von Abgeordneten des Handwerker- und Gewerbestandes aus dem ganzen deutschen Vaterlande berufen, um einen durch dieselben abzufassenden Entwurf einer Allgemeinen Handwerker- und Gewerbeordnung auszuarbeiten und dem hohen Parlamente vorlegen zu lassen.“

Es fanden sich 166 Delegirte, welche alle die „soziale Frage lösen“ wollten, in Frankfurt a. M. zusammen. Unter ihnen befanden sich auch zehn Gesellen und die Herren Innungsmeister trieben ihre alberne Annahme und ihren Dünkel so weit, daß sie die Zulassung dieser Gesellen-Delegirten zu den Verhandlungen verweigerten. Sie hießen dieselben nach Hause gehen und dort den Gang der Dinge abwarten; die Meister würden schon selber die Interessen der Gesellen wahrnehmen. Indessen waren die Gesellen nicht so thöricht, sich der Annahme der Zunftmeister zu fügen; sie beriefen einfach einen Gesellenkongress nach Frankfurt ein. Das war wieder den Meistern sehr unangenehm, die geglaubt hatten, in aller Ruhe die „Lösung der sozialen Frage“ für sich in Anspruch nehmen zu können. Sie wollten darauf den Gesellen beratende, aber nicht beschließende Stimme auf dem Kongress einräumen und eine besondere „Gesellen-Kommission“ aus Meistern bilden, wo auch die Gesellen Sitz und Stimme haben sollten. Dafür sollten die Gesellen aber ihren eigenen Kongress aufgeben. Aber die Gesellen lehnten dieses Entgegenkommen nunmehr mit Recht ab und so tagte neben dem Meister-Kongresse der Gesellenkongress.

Die Meister spielten sich als gar gewichtige Leute auf und legten sich eine Art Souveränität bei. Dabei kamen die reaktionärsten und konfussten Anschauungen bei ihnen zum Vorschein. Ein Ausschuss des Kongresses hatte eine gemeinsame Sitzung mit dem volkswirtschaftlichen Ausschusse des Parlaments, die aber zu keinem Resultat führte, weil die Innungsmeister hartnäckig auf der Aufhebung der Gewerbefreiheit bestanden, worauf sich der volkswirtschaftliche Ausschuss natürlich nicht einließ. Die Beschlüsse des Handwerker-Kongresses wurden sehr beeinflusst von einem Schriftsteller namens Winkelblech (pseudonym Karl Marlo), der ein entschiedener Gegner des modernen Kapitalismus war. Seine Anschauungen waren ein Gemisch aus halb sozialistischen und zünftlerischen Bruchstücken. Er war ein Gegner der Gewerbefreiheit und begriff nicht, daß diese den Beruf hatte, die Fesseln der alten Zwergproduktion lösen zu helfen, um die für den Bedarf der modernen Gesellschaft erforderliche Großproduktion zu ermöglichen. Er wollte eine „soziale Kammer“, in der alle Berufe vertreten sein und eine soziale Gesetzgebung berathen sollten, die jedem Gesellschaftsmitglied

einen seiner Arbeitskraft angemessenen Erwerb sichern sollte. Winkelblech, der durch seine mit christlich-germanischen Zuthaten verfehene soziale Theorie die Welt vor dem „Kommunismus“ retten wollte, dachte sich seine Sozialverfassung auf einen Verband von Innungen aufgebaut, über denen eine allgemeine deutsche Gewerbestammer stehen sollte, von der die gesammte Gewerbeleggebung auszugehen und die gleichzeitig mit dem Reichsparlamente zu tagen hatte. Auf diesem Wege hoffte er das Handwerk zu retten. Seine Klüfte gegen das Kapital zogen ihm heftige Angriffe zu und die liberale Presse bezeichnete ihn als einen Agenten im Solde Englands.

Die Beschlüsse des Handwerkerkongresses richteten sich gegen den Großkapitalismus und gegen das Proletariat zugleich. Winkelblechs Einfluß ist in diesen Beschlüssen deutlich zu erkennen. Die Innung ward obligatorisch verlangt, der Hausirhandel mit „Handwerksartikeln“ sollte verboten, Staats- und Kommunalwerkstätten nicht zulässig sein. Alle Staats- und Kommunalarbeiten sollten an die Innungen vertheilt werden. Die Fabriken sollten besonders besteuert sein und nur dem Handwerkerstande selbst sollte der Handel mit seinen Erzeugnissen gestattet werden. Hohe Schutzzölle, Ausfuhrprämien für deutsche Fabrikate und vortheilhafte Handelsverträge, sowie die Vertretung der Innungen durch Spezialkammern und die von Winkelblech vorgeschlagene Allgemeine deutsche Handwerkskammer wurden besonders betont. Schließlich standen auch unentgeltlicher und verbesserter Schulunterricht, gewerbliche Fortbildungsschulen, Hilfskassen und Vorschubbanken und „zweckmäßige Kreditgesetze“ auf dem großen Wunschzettel der Herren Innungsmeister.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Parlaments wies diese Forderungen als reaktionär ab und damit hatte er auch ganz recht. Wie mochte man auch die lächerliche Illusion hegen, der Produktion wieder die ganze mittelalterliche Innungszwangsjacke anlegen zu können. In dem Spießbürgerthume des Handwerkerkongresses war das kleinbürgerlich-reaktionäre Element repräsentirt, welches jedem entscheidenden Fortschritte mit aller Macht widerstrebt und der großen Freiheitsbewegung wie eine Kugel am Weine hing. Den Arbeitern versperrten diese beschränkten Innungs-Zopfträger den Weg mit der ganzen Lust und Wuth, deren solch' schöne Seelen fähig sind, wenn sie ihren Besitz und ihr „Standesinteresse“ bedroht glauben.

Der rheinisch-westfälische Gewerbeverein und der „Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ wirkten ganz in der gleichen Richtung wie der Frankfurter Handwerker-Kongress, sie verlangten hauptsächlich hohe Schutzzölle.

Das kleine Handwerk, das damals eine weitaus breitere Masse bildete als heute, wirkte dermaßen auf die Arbeiter ein, daß diese meistens gar nicht zur richtigen Erkenntniß ihrer sozialen Lage kamen. Aber auch die Bestrebungen der Innungsmeister selbst blieben gänzlich ohne Erfolg. Wären ihre Vorschläge wirklich durchgedrungen, so hätte das wenig zu bedeuten gehabt. Die sozialökonomische Entwicklung hätte sich nicht anhalten lassen und die wuchtige Konkurrenz des Großkapitals hätte die künstlichen und schwächlichen Schranken, die ihr Winkelblech und Genossen setzen wollten, gar bald hinweggeräumt.

Die Arbeiterschaft machte nur da, wo der Fabrikbetrieb schon ein zahlreiches Proletariat geschaffen hatte, ernsthafte Versuche, sich zu organisiren und zu emanzipiren. Aber sie hatte noch keine Erfahrungen hinter sich und daß sich vielfach eine beklagenswerthe Unreife zeigte, lag in der Natur der Sache.

Man sah eine Menge von Tumulten und Aufläufen; man hörte viel Geschrei und Lärm und man vernahm eine Reihe von Forderungen, die aber fast alle nur geeignet waren, die dringendsten Bedürfnisse des Augenblickes zu decken. Mit Ausnahme jener Bewegung am Rheine, der ein wissenschaftlicher Sozialismus zu Grunde lag, war nirgends ein durchdachter Begriff von den Aufgaben in Gesellschaft und Staat vorhanden. Die Neue Rheinische Zeitung gab sich viele Mühe, Erkenntniß und Wissen in sozialökonomischen Dingen zu verbreiten und den großen gesellschaftlichen Prozeß zu beleuchten. Karl Marx versuchte noch zulezt, bevor das Blatt der Reaktion unterlag, die Arbeiter in einer trefflichen Abhandlung über das Verhältniß von Lohnarbeit und Kapital zu belehren. Aber diese Versuche verhallten im Lärme des Tages und die Arbeiter ließen sich wie andere von tönenden Schlagworten, wie „Recht auf Arbeit“, „Organisation der Arbeit“, „Arbeitsministerium“ und dergleichen behören. Dazu kam, daß die Innungsmeister den Arbeitern ihren Hohn anknüpfen wollten, während anderseits auch die Utopisten ihre Zeit gekommen glaubten. Wilhelm Weitling schien zu glauben, die Revolution werde die Menschen in sein Paradies hineintreiben. Er erschien 1848 im Juli in Berlin und gab dort eine Wochenzeitschrift „Der Urvähler“ heraus, die jedoch wegen Mangel an Abonnenten sehr bald einging. Er nahm am demokratischen Kongress im Oktober 1848 zu Berlin Theil, konnte aber keinen Einfluß erlangen. Aus Berlin ausgewiesen, ging er nach Hamburg und Altona, wo er Sektionen des von ihm in Nordamerika gegründeten Befreiungsbundes ins Leben rief. Die Polizei vertrieb ihn auch von da und er ging nach Nordamerika zurück.

Die Verfechter des wissenschaftlichen Sozialismus am Rheine faßten die Zeitbewegung ganz anders auf; sie sahen in ihr einen Kampf der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit dem alten Feudalismus und Bürokratismus. Sie kämpften diesen Kampf mit, muthiger als ihn die Bourgeoisie für sich selber gekämpft hat, denn sie waren sich klar darüber, daß der Weg zur Befreiung des Proletariats durch die moderne bürgerliche Gesellschaft hindurchgeht. Darin waren auch die Mitglieder des Bundes der Kommunisten (Kommunisten hier im Gegensatz zu den Bourgeoissozialisten), der seinen geheimen Charakter abgelegt hatte, überall in der demokratischen Bewegung thätig, in Berlin, in Breslau, in Nassau, in Hessen u. s. w.; der Gegenjag zwischen ihnen und der rein bürgerlichen Demokratie trat oft scharf hervor. Aber sie thaten alles, um das Proletariat zur Theilnahme an dem großen Kampfe zu bewegen.

Die Arbeiter, von der allgemeinen Bewegung ergriffen, machten, wo sie konnten und wo sie in größerer Zahl beisammen waren, den Versuch, sich zu organisiren und ihre Ansprüche mehr oder weniger zur Geltung zu bringen. Die Spießbürger, die ihnen das Recht dazu absprachen, verhöhnten damals wie heute die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter. In Leipzig führte dies zu einer ganz unerwarteten Erscheinung. Dort hatten sich so ziemlich alle Gewerke, Maurer, Zimmerer, Schuhmacher, Schneider, Buchdrucker, Zigarrenarbeiter und andere vereinigt und hielten Versammlungen zur Berathung ihrer Angelegenheiten ab. Da erschien im Leipziger Tageblatt eine Annonce, die eine Dienstmädchenversammlung auf Palmsonntag ins Kolosseum ausschrieb. Ein Spießbürger glaubte damit die Arbeiterbestrebungen verhöhnt zu haben. Aber es kam anders. Es erschienen etwa 300 Dienstmädchen und drei von ihnen nahmen das Wort. Sie

schilberten die Ueberlastung der Dienstboten, namentlich der Kindermädchen. Diese mußten bis 10 Uhr Abends die Kinder hüten und dann noch am Waschtische stehen; von früh 5 Uhr an mußten sie mit einer Butterkanne bis Mittags aushalten usw. Ein Beschluß ward nicht gefaßt. Aber der „Spaß“ war mißglückt, denn die Leipziger Bourgeois fanden es nicht spaßhaft, sich so in der Öffentlichkeit geschilbert zu sehen. (Schluß folgt.)

Harmonieduster.

Gärtingen, 12. Juli. Wir berichten sonst immer nur über ernste Sachen, heute aber wollen wir den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung etwas Leichteres mitteilen. Den Anlaß dazu gibt uns der Hirsch-Dunker'sche Gewerbeverein der Tischler und Metallarbeiter, welcher am 8. Juli sein zehnjähriges „Stiftungsfest“ feierte. — Nach einem Eingangsbericht im hiesigen „Hohenhausen“ verlief das Fest in gelungener Weise. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich wieder einmal die Einigkeit und das feste Zusammenstehen der „Gewerbevereine“ gegenüber ihren Gegnern! — Wer lacht da? Es ist wirklich köstlich: auf einem „Stiftungsfest“, das noch dazu von Fabrikanten, Handels- und Gewerbevereinsvorständen und anderen Herren „beschnitten“ wird, zeigen die kampfmuthigen Tischler ihre „Einigkeit“ und ihr festes Zusammenstehen gegen ihre Feinde! Ja, wer sind denn die Feinde der Arbeiter? In ihrem, vielleicht durch ein Faß Freibier hervorgerufenen Bier- und Harmonieduster sehen diese Tapferen den Himmel für einen Dufel an, und um ihren „Mannesmuth“ zu beweisen, rüsten sie nach Sklavenart an die Herren Fabrikanten Schauler, Caffi und Kleuter heran, um diesen in unterwürfigster Demuth ihre eleganten Schnabelschuhe zu belecken!

Mit Schweichelruten machen sie sich an die Fabrikanten heran, um ihnen denot ins Ohr zu flüstern: „Wir helfen Euch Fabrikanten gegen Eure Feinde, die verruchten Sozialdemokraten, die vom Harmonieduster nichts wissen wollen. Schlagt uns, tretet uns mit Füßen, wir bleiben Eure ergebenen Sklaven, nur jagt uns nicht zum Teufel, wir sind zufrieden, wenn wir auch gegenwärtig 12—15 % weniger verdienen als voriges Jahr! — Wer wollte hier noch zweifeln, daß diese „Männer der Harmonie“ von einem kampfmuthigen Geiste befeuert sind? Es fehlen ihnen nur noch die „Hafelnußsteden“ ihrer Geislinger Brüder. Herr Heer (ein fählicher Arbeiter, wie sich Stadtrath Selb aus Cannstatt ausdrückt), hält eine „vortreffliche“ Festrede; in derselben jagt er unter Anderem, daß die Gewerbevereine nicht „blindlings“ ihren Führern folgen, wie das auf gegnerischer Seite stattfindet, sondern daß ein jeder selbstbewußt wäre. Redner schloß seinen, mit hümmischem Beifall aufgenommenen Vortrag mit den Worten: „Bleibet furchtlos, beharrlich, niemals müßig, immer vorwärts!“

Wahrhaftig, dieser Herr Heer hat große Worte ausgesprochen. Wir müssen ihm gestehen: noch selten haben uns die humoristischen Nachteufelchen so arg geküßelt, als beim Durchlesen des „Eingangs“ im „Hohenhausen“. Wer sollte da aber auch nicht lachen, wenn so ein Gewerbevereiner von „Selbstbewußtsein“ spricht! Sie haben freilich noch nicht nötig gehabt, ihren „Führern“ zu folgen, denn sie sind ja überhaupt noch in keinem Kampf geführt worden, daß aber eine Arbeiterorganisation nur im Kampf mit dem Kapital ihren Muth und ihr Selbstbewußtsein zeigen kann, das sind dem Herrn Heer jedenfalls „böhmische Dörfer“.

Die Gewerbevereiner suchen ihren Zweck eben auf eine andere Weise zu erreichen, wenn auch die Mittel, die diesem Zweck dienen müssen, von nichts weniger als Selbstbewußtsein zeugen. Oder zeugt es etwa von Selbstbewußtsein, wenn die Tapferen die Krute lecken, mit der sie geschlagen worden sind? Zeugt es von Charakter und Selbstbewußtsein, wenn durch die ekelhafteste Schmarotzerei, durch die gemeinsten Demagogationen gerade diese „Gewerbevereiner“ ihre Nebenarbeiter aus dem Geschäft zu verdrängen suchen? Gerade die Fabrik von Schauler u. Caffi hat hierfür zahlreiche Beispiele aufzuweisen!

Den Schlußsatz von Herrn Heer fassen wir wie folgt auf: „Bleibet furchtlos“ — unter dem Schutze des Unternehmertums, den ihr in so großem Maße genießt. „Bleibet beharrlich“ — in Eurer knechtlichen Harmoniedusterei. „Selb niemals müßig“ — im Schmarotzen bei Meistern und Fabrikanten, denuziert lustig darauf los und laßt keine Gelegenheit, besonders kein Stiftungsfest, vorübergehen, ohne eure

Demuth und eure Ergebenheit zu behältigen. „Immer vorwärts“ — Arm in Arm mit dem Unternehmertum wollen wir die aufgekärten, für Erziehung von der Lohnsklaverei kämpfenden Nebenarbeiter bekämpfen, denn wir Gewerbevereiner wollen keine Freiheit, wir sind die bedrängten Sklaven des Kapitals und wollen es auch bleiben!

Bemerkten wollen wir noch, daß auch Herr Schindler, stellvertretender Vorsitzender des Handels- und Gewerbevereins, einen Speech hielt, in welchem er den Gewerbeverein bewelshäuferte, hoffend, daß die humanen Arbeitgeber den Gewerbeverein hochhalten und unterstützen mögen. Dadurch wurde natürlich die Festfreude dieser „selbstbewußten Männer“ noch bedeutend gesteigert. — Na, wir gönnen es ihnen aber auch!

Korrespondenzen.

Metall-Arbeiter.

Altona. Die Sektion der Schlosser und Maschinenbauer und der Klempner u. s. w. hielten am 28. Juni eine gemeinschaftliche Versammlung ab. Der 1. Punkt wurde verlag, da kein Referent anwesend war. Der 2. Punkt, Abrechnung vom Wintervergnügen, ergab eine Einnahme von Mk 109,45, eine Ausgabe von Mk 76,50, mithin einen Ueberschuß von Mk 32,95. Der 3. Punkt, Zeitungsbelegportage, wurde bis zur nächsten gemeinschaftlichen Versammlung verlag, nachdem ein Antrag angenommen worden, wonach jede Sektion ein Buch zu stellen hat, worin die Beschwerden über unregelmäßige Zustellung des Verbandsorgans eingetragen werden sollen. Dasselbe befindet sich in Händen der Arbeitsnachweismissionen. Bei Verschiedenes wurde zur Theilnahme an dem von den Harburger Kollegen für 7. August arrangirten Stiftungsfest aufgefordert. Ferner wurde beschlossen, am 19. August eine Morgentour zu veranstalten. Sodann wurden vier Kollegen zur Revision der Abrechnung des letzten Sommervergnügens gewählt. Als erster Punkt zur nächsten Versammlung wurde ein Vortrag über Nationalökonomie zu halten beschlossen.

Bernburg. Hier fand am 4. Juli eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Scharlowski zum Beweis der traurigen Lage der Metallarbeiter Bericht über die städtische Konferenz in Halle. Während Eisenburg 5 Vertreter sandte, war Dora nicht in der Lage, einen Vertreter zu senden. Die Löhne in Anhalt und der Provinz Sachsen sind durchschnittlich folgende: Former 20 Mk. wöchentlich, Dreher 30 Pfg. die Stunde, Klempner 28 Pfg., Kesselschmiede und Schmiede 25 bis 28 Pfg., Schlosser 23—30 Pfg. In Torgau seien verheiratete Schlosser mit 8—10 Mk. Wochenlohn. Organist waren durchschnittlich von je 140 Kesselschmieden oder Schmiedebänken 40 Mann. Maßregelungen seien allenthalben vorgekommen, deshalb sei auch der Verband in Queblinburg und Oschersleben noch schwach. In Queblinburg sei sogar ein Arbeiter von seinem Fabrikanten deshalb entlassen worden, weil er gesehen habe, daß der betreffende Arbeiter auf der Straße mit einem Sozialdemokraten gesprochen hat. In Bernburg seien hauptsächlich noch einige Fabriken, die schwach organisiert seien, hier herrscht meistens noch Ueberstundenarbeit. Mit einem Appell an die Bernburger Kollegen, die Versammlungen fernerhin besser zu besuchen und besser zu agitieren, damit die große Zahl der indifferenten Kollegen nicht ganz verpufft, schloß der Redner seinen Vortrag. Zu 2. Punkt referirte Herr Carl Schulze über die Gewerbevereine. Der hiesige Magistrat hat die Errichtung eines Gewerbegerichts abgelehnt, weil „hier kein Bedürfnis vorhanden“. Von der eingelaufenen Resolution wurde Abstand genommen, da in letzter Zeit mehrere Versammlungen mit diesem Thema getagt haben und die Resolutionen derselben dem Magistrat schon unterbreitet sind. Mit einem kräftigen Appell an die Metallarbeiter, nicht eher zu ruhen, bis der Magistrat ihre Forderung bewilligt, schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Im Punkt 3 wurde Kollege Müller als Vertrauensmann gewählt.

In der Diskussion wurde der schwache Besuch der Versammlung gerügt. Einestheils sei sie zwar nicht genügend bekannt gemacht, andernteils aber schienen viele Kollegen den Besuch öffentlicher Versammlungen wegen Maßregelung. Zum Schluß wurde beschlossen, einen provisorischen Arbeitsnachweis einzuführen. — Alle Sendungen an den Vertrauensmann der Metallarbeiter: Ernst Müller, Bernburg, Steinstraße 4, bei Herrn Grothe.

Düsseldorf. In der Mather Maschinen-Fabrik in Rath wurde am 21. Juni ein Schlosser, der um 4 Uhr Nachmittags eine Verlagsarbeit, nämlich einen Schmierapparat, den die Firma sich wollte patentiren lassen, fertiggestellt hatte, um halb 6 Uhr ohne Kündigung entlassen unter dem Motiv: „Es ist jetzt so wenig Arbeit vor-

handen, und dann haben Sie auch zu lange an dem Apparat gearbeitet, Ihr Geld und Ueberbleibsel liegt fertig.“ Wenn man bedenkt, daß einem Arbeiter eine auf ein Stück Papier „gemalte“ Arbeit, von der die Firma selbst nicht weiß, ob der Apparat funktioniert oder nicht, aufgetragen, und dann die Zeit, in welcher versucht und probirt wird, angerechnet wird, wenn man bedenkt, daß der Arbeiter Ueberstunden auf Ueberstunden vornehmen muß und endlich den Fehler selbst herausfindet, der dem Funktioniren im Wege stand, und wenn er dann zum Lohn dafür auf's Pflaster geworfen und dem Hunger preisgegeben wird, weil er seinem „Herrn“ nicht schnell genug zu einer nicht kleinen Einnahmequelle verholfen hat — dann muß doch jedem rechtlich denkenden Menschen ein Gefühl der Entrüstung beschleichen. Aber was gilt Recht und Gerechtigkeit bei den nimmerfertigen Dittendenschindern. Der Arbeiter verlangte nun Entschädigung für die Kündigungsfrist, da seines Wissens eine solche nach der Fabrikordnung vorbehalten und er noch nicht im Besitze einer neuen Fabrikordnung war, welche doch am 1. April (nach der Gewerbeordnung) schon ausgehängt sein sollte. Es wurde ihm gesagt, das haben wir nicht nötig, denn eine Kündigung findet laut Anschlag nicht mehr statt. Versagter Anschlag fand aber am 8. Juni erst statt ohne Rücksprache mit den Arbeitern zu nehmen. Der Anschlag war doch wohl nicht zu berücksichtigen. Ueberhaupt, vom Aushängen einer neuen Fabrikordnung, wie sie das Gesetz verlangt, war keine Rede, weshalb der Arbeiter meinte, in seinem Rechte zu stehen. Er sagte dem Meister, der ihm anrieth, dies zu suchen. Das Gewerbegericht entschied nun zu Gunsten des Arbeiters und verurtheilte die Firma zur Zahlung von 10 Mk und in die Kosten. Gegen dieses Urtheil wollten die Herren Berufung einlegen. Auch der schneidige Herr Buchhalter schloß sich diesem an. Nun ist aber gegen ein Urtheil unter 100 Mk keine Berufung zulässig. Man sieht hieraus, wie sich die Herren die Gesetze auslegen. Ein Arbeiter benanntes Verles nahm sich einmal so viel Zeit, um die Fabrikordnung, welche im Komptoir lag, zu lesen, er fand dieselbe auf dünnes Seidenpapier geschrieben und gänglich durchlaufen. Wäre derselbe kein guter Buchhalter gewesen, so hätte er kein Wort davon verstanden. Er fand nun, daß § 11 besagt, daß die Kündigung am 5. und 20. jeden Monats erfolgt. Der schneidige Herr Buchhalter Brand aber löst sich hieran nicht, er will seinen schändlichen Arbeitstag auch darum nicht verlängern. Er gibt einfach einen Anschlag: „Die Kündigung findet am 6. d. M. statt, weil kein Geld in der Kasse ist.“ Dabei spaziert der schneidige Buchhalter um halb 6 Uhr aber gestiefelt und gestriegelt zum Thore hinaus, unbekümmert darum, wie viel Menschen auf die sauer verdienten Groschen mit Sehnsucht warten. Es geht aus diesem doch recht deutlich hervor, wie nötig es ist, daß alle Arbeiter sich organisiren und sich der modernen Bewegung anschließen.

Frankenthal. In der öffentlichen Versammlung am 11. Juli referirte Genosse Schilde aus Stuttgart über „die gegenwärtige Geschäftskrisis, ihre Ursachen und Wirkungen mit spezieller Berücksichtigung der Metallindustrie.“ Redner schilderte in seinem Vortrage die Zeit des selbständigen Handwerks bis zur heutigen modernen Großproduktion. Seine Ausführungen über das Verderbliche der Geschäftsspekulationen, die auf der einen Seite einen kolossal großen Profit und auf der anderen Arbeitslosigkeit, Sinken der Löhne und hierdurch entstehende Verelendung des Volkes zur Folge haben, fanden lebhaften Beifall. Nachdem der Redner noch das mangelhafte Arbeitergesetz erwähnte und den Nutzen der Arbeiterorganisationen erläuterte hatte, forderte er die Anwesenden auf, sich den Organisation anzuschließen, um eine baldige Verwirklichung unserer Ziele und den damit verbundenen Wohlstand des Volkes zu erreichen.

Halberstadt. Damit man nicht denkt, Halberstadt sei vom gewerkschaftlichen Boden zu streichen, fühlen wir uns veranlaßt, die Spalten der „Met.-Arb.-Ztg.“ in Anspruch zu nehmen. Am 5. Juli gaben wir den Drängen von einigen angereisten Fachgenossen nach, eine öffentliche Versammlung anzubereiten. Zu diesem Zweck hatten wir den seit Anfang der deutschen Gewerkschaftsbewegung in derselben thätigen Genossen Hurlmann als Referenten eingeladen. Leider sahen wir uns gezwungen, da nicht einmal alle Mitglieder erschienen waren, die Versammlung gar nicht zu eröffnen, denn vor leeren Bänken zu reden, wäre wohl vom Referenten zu viel verlangt. Als wir nun die Frage an die Anreger dieser Versammlung richteten, was sie von den Halberstädter Metallarbeitern dächten, bekamen wir zur Antwort: „Vor der nächsten öffentlichen Versammlung, welche am 17. d. Mts. stattfinden soll, seien jedem Metallarbeiter Halberstadts zwei Glas Bier und zwei Zigarren zu versprechen, dann würden wir jedenfalls

Besuch erhalten.“ Wir mußten, so leid es uns that, jeden Spott über uns ergehen lassen. Trostlos haben wir steht, so klein unsere Schaar hier ist, alles Mögliche heranzuziehen. Ein hier beschäftigter Selbstgelehrter zeichnete sich dadurch aus, daß er uns seine vielgepreihte Kunst, welche ja in dieser Zeitung schon des Oestern beleuchtet wurde, als Spiegel vorhielt. Der Genosse, welcher uns dieses unterbreitete, ruft den zukünftigen Selbstgelehrten zu: „Fahrt fort in Eurem Kunststudium! Öffentlich kommt bald ein moderner Messias, der Euch eines Andern belehrt!“ Doch genug davon. — Wir wollen hier noch ein Bild der hiesigen Verhältnisse geben. Ein in der Metallbranche beschäftigter Geselle erhält durchschnittlich die Woche 12 bis 14 Mk.; erhält er ausnahmsweise einmal 15 Mk., dann glaubt derselbe im Glück schwelgen zu können; dafür hat er auch das Vergnügen, 11—12 Stunden arbeiten zu dürfen, selbstredend unter so enger Aufsicht. Aus dieser Schilderung ist doch gewiß zu ersehen, wie noth es einem jeden Metallarbeiter Halberstadts thut, dem Verband beizutreten, dann Metallarbeiter Halberstadts, befolgt diesen gut gemeinten Rath, tretet ein in unsere Reihen, um nicht vor Euren Kindern erröthen zu müssen; denn um unseren Feind zu besiegen, ist eine starke Organisation unumgänglich nöthig. Deshalb rufen wir Euch nochmals die Worte unseres Vorkämpfers Karl Marx zu: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Denn vereinigt seid Ihr stark!

Heilbronn. Situationsbericht. Daß Heilbronn noch kein Lebenszeichen von sich gegeben, ist gewiß nicht darauf zurückzuführen, daß wir in einem Eldorado leben, doch scheinen viele hiesige Kollegen Heilbronn für ein solches anzusehen, denn sie halten es nicht der Mühe werth, der Organisation beizutreten. Weshalb kann man die faule Ausrede hören, es hat keinen Werth, ich gehe ja doch nicht auf die Wals,“ oder sie sagen, „ich lege lieber das Geld in die Krankenkasse, dann habe ich doch etwas davon.“ Von Heilbronn wird uns berichtet, daß in der dortigen Fahrradfabrik sehr schlimme Zustände herrschen; es sei ten dort beschäftigten Arbeitern noch keine neue Fabrikordnung zu Gesicht gekommen. Auch ist der Lohn nach einigen uns vorgelegten Lohnzetteln ein sehr niedriger, von 15 bis zu 27 Pfg. pro Stunde, wogegen die Strafen eine sehr beträchtliche Höhe erreichen. Eine Minute Zuspätkommen wird mit 20 Pfg. geahndet; erst kürzlich wurde ein Arbeiter sofort entlassen, weil er eine Stunde zu spät kam. Die Arbeitszeit sei, da das Werk Tag und Nacht läuft, von Einigen freiwillig von Morgens 6 bis Nachts 12 Uhr angebeht worden. Es wäre zu wünschen, daß die dortigen Kollegen sich mehr der Organisation anschließen, um berartige Missethate abuschaffen.

Harburg. Am 25. Juni hielt die hiesige Zahlstelle ihre Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: Vortrag. Innere Vereinsangelegenheiten. Zum ersten Punkt bemerkte der Bevollmächtigte, daß uns schon wieder einmal der Referent im Stich gelassen hat und er deshalb bei der Hamburger Referentenkommission Beschwerde führen werde. Zu Punkt zwei wurde beschlossen, unter Stiftungsfest im Muschelhaal der Burg Blankenburg abzuhalten. Hierzu wurde außer dem Vorstand ein Komitee von 15 Mitgliedern gewählt. Auf Antrag Demitz wurde ferner eine Kommission von 8 Mann gewählt, um den mangelhaften Verhältnissen unserer Erbeerge, die durch reisende Kollegen an's Licht gezogen wurden, abzugreifen und die Kontrolle darüber zu führen, daß den Fremden ihr Recht werde. Eine Beschwerde über den Meister (Antreiber) Juntler auf Köber's Eisenwerk wurde vorgebracht und sprach mehrere Kollegen hierzu; es wurde vorschlagend, eine Beschwerde beim Direktor oder dem Besitzer Herrn Köber anzubringen, um dem Vorgehen des betreffenden Meisters ein Ziel zu setzen. Sollte dies nicht hifen, sind weitere Schritte vorbehalten. Betreffs der Zeitungsbelegportage wurde beschlossen, ein Beschwerdebuch im Verlehrslokal auszuliegen, um Jedem Gelegenheit zu geben, seine Beschwerde über unregelmäßiges Erscheinen der Zeitung anzubringen. Ebenso wurde der Kolporteur verpflichtet, vor dem Austragen der Zeitung Einsicht von dem Buche zu nehmen.

Kalk. Am 6. Juli fand hier eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: Gründung einer Verwaltungsstelle des D. M.-V. Glück aus Wülshelm legte die Nothwendigkeit einer örtlichen Verwaltungsstelle klar und wies besonders auf die Resolution hin, die in einer Versammlung bei der Berichterstattung vom Frankfurt Kongreß gefaßt worden war. Es wurde demnach beschlossen, eine örtliche Verwaltungsstelle zu errichten und erklärten 20 Kollegen ihren Beitritt. Dann wurde die Wahl der provisorischen Verwaltung vorgenommen und der Donnerstag als Vereinsabend bestimmt. Daß die Versammlung schick besucht und es somit nur ein kleiner Anfang ist, liegt daran, daß fast in allen Fabriken bis 10 Uhr,

ja noch länger gearbeitet wurde. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, in Nähe einen starken Verein hier am Ort zu haben.

Mühl. Am 13. Juli hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die üblichen Punkte, Protokollverlesung und Aufnahme neuer Mitglieder, erledigt waren, verlas der Kassierer die Abrechnung pro Mai und Juni. Einnahme: Der Kassenbestand von voriger Abrechnung betrug M. 382,04, Beitrittsgehalt von 75 männlichen Mitgliedern 22,50, 3377 Beiträgen à 15 M. 506,55, 62 Extramarken à 20 M. 12,40, 98 Extramarken à 10 M. 9,80, 28 Delegationsmarken à 15 M. 4,20, 127 Gewerkschaftsmarken à 10 M. 12,70. Gesamteinnahme: M. 967,19. Dem steht als Ausgabe gegenüber: für Reiseunterstützung M. 102,79, eingeliefert an die Hauptkasse 382,04, 33 1/3 Proz. für örtliche Ausgaben 168,85, Gesamtausgabe: 653,68. Zeitiger Kassenbestand für die Hauptkasse M. 296,51. Der Kassenbestand der Lokalkasse war bei voriger Abrechnung M. 425,45. Dem steht eine Ausgabe gegenüber von 186,16, mithin Kassenbestand der Lokalkasse 239,29. Au größeren Ausgaben sind aus der Lokalkasse bestritten worden: Zu Bibliothekszwecken 50, an den Vertrauensmann Genau 20, für die streikenden Former in Döbeln 30, für Reiseunterstützung an Kollegen, welche 25 erhalten haben, 13. Die Mitgliederzahl betrug Ende Juli 741. Gegen den Kassenbericht hat Niemand etwas einzuwenden und wird dem Kassierer Decharge erteilt. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß unter den Mitgliedern eine große Anzahl säumiger Zahler wären. Er bittet dieselben dringend, baldigst ihren Verpflichtungen nachzukommen, ev. wird strikte nach dem Statut gehandelt und werden dieselben aus dem Verband gestrichen. Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Neuwahl der Zeitungs-Korrespondenten. Troßdem die Arbeit keine so große und namentlich für die jüngeren Kollegen durchaus keine schwierige ist, war es doch mindestens die Hälfte der Vorgesetzten, welche die Wahl ablehnten. Die Kollegen Mühr, Petering, Eugen, Roschmann, Schulz 1 und 11, Köfer, Brüggen, Scheimann, Marquardt, Stare, Grob, Pohl, Sped, Schmidt, Gierstedt, Stock und Kunert nahmen die Wahl an und werden dieselben nächstes Vierteljahr die Zeitung korrespondieren. Sodann wurde die in voriger Versammlung angeregte Diskussion über den Leitartikel in Nr. 26 der „Metallarbeiter-Zeitung“, „Die Kontrollmarke“ betitelt, eröffnet. Alle Redner waren sich dahin einig, daß der Artikel den Maßnahmen einer gewerkschaftlichen Zeitung übersteige, weil man beschränkt, daß es bei den neuangeworbenen Kollegen durch derartige Artikel leicht Mißverständnisse geben kann. Nachdem verschiedene Redner den Wert und Nutzen der Kontrollmarke klargelegt haben, andere wieder warnen, nicht zu viel auf derartige Systeme zu rechnen, wird folgende Resolution mit großer Majorität angenommen: „Die heutige Versammlung erkennt das System der Kontrollmarke an mit dem Bewußtsein, daß es nur einen vorübergehenden Nutzen für die Arbeiterbewegung hat.“ In Verschiedenen wird noch auf das Stiftungsfest aufmerksam gemacht. Dasselbe findet am Sonntag, den 7. August, in dem Etablissement „Waldwiese“ statt. Das offizielle Programm beginnt 7 Uhr und wird ausgefüllt durch Gesangsvorträge des Gesangsvereins der Metallarbeiter, Solovorträge, Feste und Deklamationen. Der Festbeitrag beträgt für Mitglieder 50 M. inkl. Damenkarte. Gegen Vorzeigung der Festkarte haben dieselben freien Zutritt zu dem um 4 Uhr beginnenden Gartenkonzert. Nachdem noch der zweite Vorsitzende die Kollegen bittet, recht kräftig zu dem Stiftungsfest zu agieren, damit sich sämtliche Metallarbeiter teils an diesem schönen Feste beteiligen, wird die Versammlung geschlossen. (Zu der obigen Meinung, daß der Artikel den Maßnahmen einer gewerkschaftlichen Zeitung übersteige, bemerken wir nur, daß dies schon deshalb falsch ist, weil ja angeblich gerade die Kontrollmarke ein Kampf-Mittel der Gewerkschaften sein soll. Daß durch solche Artikel Mißverständnisse bei neuen Mitgliedern entstehen, befürchten wir nun gar nicht. Im Uebrigen empfehlen wir, die Entgegnung auf den fraglichen Artikel in Nr. 29 recht genau zu lesen. Die Redaktion.)

Leipzig i. S. Am 2. Juli wurde hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abgehalten, welche schwach besucht war. Nach dem von Herrn Büschwerth-Ghemlich gehaltenen Vortrag über Zweck und Nutzen gewerkschaftlicher Organisation ließen sich 6 Mann in den Verband aufnehmen. Die Versammlung wurde von H. H. H. geleitet und erst ätte sich mit den Ausführungen Büschwerths vollständig einverstanden.

Mühlheim a. d. Ruhr. Nach dem am 10. Juli abgehaltenen Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsgesellschaft bezieht der örtliche Vorstand jetzt aus den Kollegen: Wilh. Heusinger, Kohlenlamp 9a, Bevollmächtigter, Hubert Beck, Kassierer, Lauter-

feld, Sevelau und Wilh. Meisforen. Kollege Sevelau wird zugleich das Amt des Bibliothekars mitverwalten. Beim zweiten Punkt gab der Kassierer einen kurzen Ueberblick über die Kassenverhältnisse. Zum 8. Punkt wurde beschlossen, am 1. Sonntag im September eine Vassalfest, bestehend in Konzert und Theater, zu veranstalten und wurde die Verwaltung mit den Arrangements betraut. Nachdem im Verschiedenen noch einige minder wichtige Punkte verhandelt und unter Anderem die Anschaffung eines freiwilligen Bibliothekfonds beschlossen wurde, fand Schluß der gut besuchten Versammlung statt. Neuaufnahmen hatten wir 4 zu verzeichnen, 2 Kollegen waren angereist. Unsere nächste Sitzung findet am 24. Juli statt und werden die Mitglieder gebeten, auch zu dieser Versammlung wieder andere Kollegen zum Mitkommen zu bewegen.

Neustadt (Rheinpfalz). Wir können auch von hier die Meldung bringen, daß sich die hiesigen Kollegen der Notwendigkeit bewußt wurden, sich zu organisieren. Die Filiale wurde mit 17 Kollegen gegründet und hoffen wir noch auf Zunahme von Mitgliedern.

München. 15. Juli. Für viele Ortsbeamte und Reiseunterstützungsauszahlung unseres Verbandes existieren die statistischen und sonstigen Vorschriften in der That nur auf dem Papier. Zum Ueberdruß ist bereits bekannt gemacht, daß die rückständigen und laufenden Beiträge von der Reiseunterstützung in Abzug gebracht werden müssen. Aber wie wird dies befolgt? Wenn ich die zahlreichen diesbezüglichen Unterlassungssünden diverser Ortsbeamter aufführen wollte, so wäre das eine stattliche Reihe. Allein ein eklatantes Beispiel muß ich anführen. Heute kam der Former G. v. Nr. 28578, zur Erhebung der Reiseunterstützung zu mir. Derselbe war am 11. Juni in Worms, wo ihm die zwei für Juni fälligen Beiträge richtig abgezogen wurden. Von Worms bis Nürnberg hat sich aber kein Auszahler mehr bemüht, einen Beitrag abzugeben. Das Mitglied war unterdessen an folgenden Orten und erhob Unterstützung: 17. Juni in Karlsruhe, 20. Juni in Stuttgart, 23. Juni in Augsburg, 5. Juli in München, 7. Juli in Freising, 9. Juli in Regensburg. Es waren somit heute 5 Beiträge im Rückstande. An manchen Orten scheint deshalb kein Beitrag abgezogen werden zu können, weil sich die Ortsverwaltung nicht dazu aufschwingen kann, dem Auszahler Marken zur Verfügung zu stellen; ich ernehme dies wenigstens den Mitteilungen der reisenden Kollegen. — Ein Auszahler, der seine Instruktion gewissenhaft ausführt und der die Unterlassungssünden seiner Herren Kollegen korrigiert, kann unter diesen Umständen bei den Reisenden leicht in den Ruf eines „herzlosen Menschen“ kommen. J. S.

Conabrid. Am 2. Juli fand die Mitgliederversammlung des D. M. A. B. mit folgender Tagesordnung statt: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Kassenbericht. Wahl eines Revisors und einer Bibliothekskommission. Verschiedenes. Der Kassenbericht ergab folgendes. M. 64,01 Kassenbestand von der letzten Abrechnung, 112,95 Einnahme im März und April, Summa 176,96. Ausgabe: an Reiseunterstützung M. 82,23, 83 1/3 Prozent = M. 33, Summa 115,23, bleibt also Kassenbestand 61,73. Im Ganzen wurden hier von 1. August 1891 bis 1. Juli 1892 an 266 Reisende M. 593,25 bezahlt. Dem Verufe nach sind unterstützt worden: 78 Former, 70 Schlosser, 52 Schmiedner, 23 Dreher, 15 Feilenhauer, 8 Schmiede, 4 Gelbzüger, 2 Metallschläger, 2 Metallbrücker, 2 Kesselschmiede, 2 Kupferschmiede, 2 Gürtler, 2 Mechaniker, 1 Büchsenmacher, 1 Stangzieher, 1 Silberarbeiter, 1 Schleifer. — Beim 3. Punkt wurde für den ausstehenden Revisor Brüder Kollege Ludwig gewählt. In Bibliothekaren wurden Thomas, Obermüller, Lehne und Finz gewählt.

Stuttgart. Am 2. Juli hielt die hiesige Verwaltungsgesellschaft ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Seitens der Verwaltung wurde von St. Pfeiffer mitgeteilt, daß das Stiftungsfest verschoben werden müsse, weil das große Arbeiter-Waldfest durch ungünstige Witterungsverhältnisse auf den Tag, an dem unser Stiftungsfest stattfinden sollte, verlegt werden mußte. Auch andere Gründe sprechen dafür. Die Anwesenden waren damit einverstanden. Zum zweiten Punkt wurden von einem Kollegen die neuen Arbeitsordnungen einer kritischen Beleuchtung unterzogen, namentlich diejenige des Fabrikanten A. Stoh; der Kollege wies nach, welcher Unterschied zwischen den Brudergeschäften A. und B. Stoh existiere, Besterer kam seinen Arbeitern entgegen in ihren Wünschen, verkürzte die Arbeitszeit um eine Viertelstunde, Erterer bot seinen Arbeitern statt Verbesserungen Verschlechterungen in manchen Punkten, trotzdem der Vater als Volksparteiler und Kommerzienrath Theilhaber des Geschäftes ist. Also eine ganz nette Illustration der „Arbeiterfreunde“ und „Kämpfer der Freiheit“. Hierauf beschloß die Versammlung, die verschiedenen Arbeitsordnungen genauer zu

prüfen. Alsdann wurde von St. Milberg ein Bericht der letzten Gewerkschaftssitzung entgegengenommen, welcher in einigen Punkten von Fritz verärgert wurde. Hierauf meldete sich Kollege Sandler aus Mannheim zum Wort. Derselbe machte in längeren Ausführungen dem Zentralvorstand unseres Verbandes den Vorwurf, daß er sich während des Streiks in der Flinischen Eisen-gießerei zu Mannheim lau verhalten habe, was unter Arbeiterorganisationen „nicht mehr schön“ genannt werden könne. Er meinte, zum Mindesten wäre es Pflicht gewesen, daß der Vorstand in seinen Bekanntmachungen besondere Stellung und Maßnahmen getroffen hätte. Ob die Arbeiter an dem Streik nur lediglich dem Former-Verband angehören, könne hiebei gleichgültig sein, es seien auch Metallarbeiter und ständen uns ebenso nah wie die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes. Uebrigens habe die „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht einmal die Stellung wie die übrige gewerkschaftliche und politische Presse eingenommen, sondern habe den Streik „unterdrückt“. Die Genossen Junge, Schilde, Pfeiffer und Fritz traten den Ausführungen entgegen, erstere namentlich legten die Stellung, welche der Vorstand bei diesem Streik eingenommen hatte, klar; die Schuld aber, daß nicht mehr geschehen, liege nicht am Vorstand, sondern an den Mannheimer Kollegen, da sie es nicht der Mühe werth hielten, einen offiziellen Bericht einzusenden, ohne welchen der Vorstand keine Veranlassung hatte, weitere Schritte als gehen zu unternehmen. Milberg, ein Verehrer des entschlafenen hiesigen Lokalvereins, konnte es sich nicht nehmen lassen, sich Sandler anzuschließen, um den Vorstand eins zu versehen. Nach seiner Meinung könne der Vorstand keine Kritik vertragen, weil er sich verteidigt habe. Der Vorstand habe sich eine Pflichtvergessenheit zu schulden kommen lassen, und es wären Personen im Vorstand, welche ihre eigene Meinung zu Gunsten Anderer unterbrücken. Herr Milberg wird Gelegenheit geboten werden, dieses zu beweisen oder aber zu widerrufen, respektive seine eigene Pflichtvergessenheit zu konstatieren.

Ammerlung. Daß der Genosse Sandler nichts Gescheiteres zu thun weiß, als den Vorstand und die Redaktion dieses Blattes indirekt zu beschuldigen, sie hätten Schuld an der Mannheimer Niederlage, können wir leider nicht ändern, wir verwahren uns aber allen Ernstes gegen solche Beschuldigungen. Es möge sich doch bei Genosse Null erkundigen, warum die erste Nachricht über den Streik verspätet erschien. Aus der gleichen Ursache wie beim „Vorwärts“. Und dann kann S. die Buchstaben nachzählen, die wir dem Mannheimer Streik widmeten und das Resultat mit dem aus dem „Glück auf“ vergleichen. Im Uebrigen zeugt es von völliger Verleumdung der Verhältnisse, anzunehmen, daß der Streik deshalb verloren ging, weil in der „Metallarbeiter-Zeitung“ die Ankündigung desselben 8 Tage später erfolgte. Zum Schluß: Selbst wenn wir uns dem Mannheimer Streik gegenüber ganz kühl verhalten hätten, könnte man uns keinen ernstlichen Vorwurf machen, da er gar nicht reglementmäßig eingeleitet wurde. Es ist weder unser Vorstand noch der des Formerverbandes vorher gefragt oder ihnen Mittheilung gemacht worden.

Die Redaktion. Betrachtet man hier am Orte die Zahl der organisierten und dagegen die Zahl der wirklich hier beschäftigten Metallarbeiter (ca. 250 organisiert und 5-6000 hier in Arbeit), so muß man staunen und meinen, die hiesigen Metallarbeiter lebten so in Einigkeit mit ihren „Arbeitgebern“, sie erhielten so auskömmliche Löhne und hätten auch so gute Behandlung, daß sie gar keine Ursache haben, über ihre Lage nachzudenken, sich zu organisieren und möglicher Weise vor Lohnreduktionen zu verwahren. Nun „hoch“ stehen die Löhne ja auch; wenn ein Familienvater 18-20 M die Stunde bekommt, so kann er ja immer noch Kartoffel und Salz essen und dies genügt für einen Arbeiter, was kann der weiter für Ansprüche haben. Beleuchtet man nun die Handlungsweise eines human sein wollenden Fabrikleiters einer hiesigen Schiffswerft, so findet man, daß derselbe seit ungefähr einem Jahre die damals schon niedrigen Löhne um ca. 5 M pro Stunde gekürzt hat. Schlossergesellen, ältere, erfahrene Leute, werden mit 22 M die Stunde entgeltet, das macht bei zehnständiger Arbeitszeit M. 13,20 die Woche. Nach Abzug für Kranken- und Altersversorgung bleibt noch eine Menge Geld, das der Arbeiter wohl gar nicht auf ordentlichem Wege verbrachten kann. Mehrere unserer Kollegen werden sich noch der schneidigen Worte des Fabrikleiters gelegentlich des früheren Streiks erinnern: Wie können Sie mir vorschreiben, Leute in Arbeit zu behalten, die ich nicht will, wenn mir das Geschäft eines Arbeiters nicht gefällt, so kommt er raus“, und zum Schluß: „Sie werden nirgends Arbeit bekommen, ich habe Ihnen sämtliche Wege zur Erlangung anderer

Arbeit abgebrochen, gehen Sie, wohin Sie wollen, Sie werden nirgends eingestellt.“ — Die Kollegen antworteten damals mit einem lauten Lachen hierauf, natürlich nicht aus Freude, denn bei den Verhältnissen konnte Niemand in freudiger Stimmung sein, sondern über die so bewiesene Humanität dieses Herrn. Darauf tief derselbe: „Dieses läßt mich, ich fordere Jeden raus, kommen Sie, wie Sie wollen, ich nehme es mit Jedem auf!“ Die Verhandlungen verliefen an diesem Tage denn auch resultatlos, am anderen Tage wurde eine Einigung soweit erzielt, daß wir kein Recht hätten, zum Fordern, man würde uns schon zufrieden stellen. Also Arbeiter, merkt Euch dies, fordert nicht Eure Rechte, sondern begnügt Euch mit den Brosamen, die man Euch gutwillig hinwirft. Wir möchten alle Kollegen, die dieser Szene beiwohnten und uns heute noch fern sehen, an dieses erinnern und ihnen zurufen: Tretet in unseren Verband, damit endlich solche Verhandlungen und Zustände ein Ende erreichen. — Aber auch die verschiedenen organisierten Branchen verfolgen oft sehr verschiedene Wege, so z. B. die Former der Zentralisation. Obgleich es bei uns stets die Seite war, daß, wenn ein fremder Vertreter in einer Versammlung sprechen sollte, andere Gewerkschaften durch öffentliche Anzeigen in den Lokalblättern eingeladen wurden, hatten die Former eine Versammlung, die in Bredow stattfand und in der Herr Schwarz aus Lübeck sprach, gar nicht in den hiesigen Blättern bekannt gemacht. Wie nun einer der Former von einem Freunde gefragt wurde: „Es ist aber gar nichts im Blatte bekannt gemacht“, erfolgte der Bescheid: „Die Metallarbeiter sollen es nicht wissen, die wollen wir nicht haben, wir sagen uns so unter der Hand Bescheid.“ Es wäre aber doch wirklich mal an der Zeit, daß diese besondern Bestrebungen ein Ende nähmen und daß das Ziel, welches die auf dem Halberstädter Kongress angenommene Resolution als erstrebenswerth hinstellt, jeder denkende Arbeiter zu erreichen sucht.

Mehrere Metallarbeiter. **Bindlingen.** Im Gasthaus zum Adler“ dahier tagte am 10. Juli eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1) Zweck und Nutzen der Organisation. 2) Gründung einer Verwaltungsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 3) Verschiedenes. Kollege Spörker aus Frankfurt a. M. hatte das Referat übernommen. Er wies in seinen Ausführungen nach, wie durch die Maschine und die dieselbe noch immer verbessernde Technik das frühere goldene Handwerk seinen Boden verloren, das Großkapital immer mehr überhand nehme, und so das Kleinhandwerk, das mit dem Großkapital nicht konkurrieren könne, immer mehr seiner Proletarisierung und Verarmung entgegengehe. Redner wies ferner nach, wie das Kapital durch seine ökonomische Macht den Arbeiter zwingt, zu den ungünstigsten Bedingungen zu arbeiten, und es sei daher Pflicht der Arbeiter, einer Degeneration des Arbeiterstandes entgegenzuwirken. Dies könne durch eine gute Organisation der Arbeiter geschehen. Der Metallarbeiter-Verband habe seit seinem dreizehnjährigen Bestehen den Beweis geliefert, daß er lebensfähig sei. Redner forderte die Anwesenden auf, eine Zahlstelle am hiesigen Ort zu gründen. Folgende Resolution wurde hierauf angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt, daß durch die heutige anarchische Produktionsweise das Wohl der Arbeiter nur geschädigt wird. Sie erkennt ferner, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband das einzige Mittel ist, die traurige Lage der Metallarbeiter zu verbessern. Die Versammlung beschließt daher die Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und verpflichtet sich, nach besten Kräften für die Interessen des Verbandes einzutreten.“ Es ließen sich in die neugegründete Zahlstelle 17 Kollegen aufnehmen. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt die Kollegen Gintig, Weiß und Wet. Zum Punkt „Verschiedenes“ weist Kollege Spörker auf den in Frankfurt a. M. ausgebrochenen Brauerstreik hin, und wurde dann folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den ausstehenden Brauerarbeitern solidarisch und verpflichtet sich, so lange kein Bier aus den Brauereien Jung und Pfinghaus zu trinken, bis der Streik beendet ist.“ **Wetzlar.** Wohl zum ersten Mal erfahren die Leser der „Metallarbeiter-Zeitung“ etwas von hier. Seit einigen Wochen sind die Wetzlarer Metallarbeiter aus dem Schlafe erwacht und haben eine Verwaltungsgesellschaft des D. M. A. B. gegründet. Wir sind zwar erst eine kleine Mitgliederzahl, dieses ist aber unter den Umständen, welche hier herrschen, nicht zu verwundern. In erster Linie sind es die Hirsch-Dünder'schen, die hier ihr Spiel treiben, dann aber auch andere gewisse Leute. Am 25. Juni meldete unser Bevollmächt-

gter der hiesigen Polizeibehörde an, daß sich eine Verwaltungsstelle des D. M. V. gegründet habe, am 30. Juni sollte die erste Versammlung bei Herrn Hufnagel „Zum Meisen“, stattfinden. Doch schon am Abend des 25. Juni theilte uns Herr Hufnagel mit, daß ein Polizeibeamter bei dem Bestreben seiner Wirtschaft gewesen sei und mit diesem unterhandelt habe, weshalb er uns sein Vokal nicht geben könne. Kommtar überflüssig. Denn war aber doch nicht erreicht, was man wollte, denn schon am anderen Tage sagte uns Herr Peiri (Neustadt) sein Vokal zu mit der festen Versicherung, sich nicht einschüchtern zu lassen, wo wir dann auch am 30. Juni unsere erste Mitglieder-Versammlung abhielten. Die zweite hielten wir am 9. Juli ab, wo beschlossen wurde, alle 14 Tage, Samstags, eine Versammlung abzuhalten. Zu bedauern ist natürlich, daß einzelne Mitglieder noch nicht wissen wollen, daß sie nun auch da zu verkehren haben, wo uns die Wirthe freundlich entgegenkommen und uns ihr Vokal zur Verfügung stellen. Dies ist bis jetzt bloß bei Herrn Peiri (Neustadt) und der Herbergsmaier der Fall. Nun wollen wir noch erwähnen, daß unsere Verbandsstelle schon eine schöne Mitgliederzahl zu verzeichnen hätte, wenn ein großer Theil der Kollegen nicht noch von dem vielgeplagten Kastengeist zurückgehalten würde. Zum Schluß rufen wir den Kollegen von Weylar und Umgegend noch zu: Schließt Euch dem D. M. V. an, tretet ein in die Reihen Eurer kämpfenden Kollegen, denn hier werden unsere Interessen nach allen Seiten vertreten. Laßt Euch nicht einschüchtern und dränge ein Jeder mit vorwärts, damit wir bald unser Ziel erreichen. — Die Kollegen, welche dem Verbandsbeitreten wollen, können sich zu jeder Zeit Abends nach 7 Uhr bei dem Bevollmächtigten Johannes Scipp, Postengasse 195, melden, auch kann dies in den Versammlungen geschehen, welche alle 14 Tage abgehalten werden. Auch können dieselben, sowie bei dem Kassier Aug. Geimer (Neustadt), Beiträge entrichtet werden. — Die nächste Versammlung findet am Samstag, den 23. Juli, statt. Die Mitglieder werden er- sucht zahlreich zu erscheinen.

Feilenhauer.

Finden. Um den Kollegen Deutschlands wieder einmal zu beweisen, wie in den kleinen Werkstätten die unbeschränkte Ausbeutung be- trieben wird, diene folgender Versammlungs- bericht. Am 8. Juli hielten wir eine öffent- liche Feilenhauer-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1) Werkstätten-Angelegen- heiten. 2) Verschiedenes. Zum 1. Punkt sprachen sich die Kollegen sehr mißlich über die Werkstatt der Frau Wwe. Pohl- haus aus, indem dort Zustände herrschen, welche unerträglich sind. Es arbeiten dort 3 Kollegen und 2 Söhne der Frau Pohl- haus; ein Kollege, welcher den Meißlerposten versteht, arbeitet im Wochenlohn und muß daher zu Gunsten der Frau Meißlerin die am besten bezahlte Arbeit machen, ebenfalls verstehen es auch die Herren Söhne, so daß für die anderen 2 Kollegen ein großer Nach- theil erwächst, indem selbige in Accord die schlechte Arbeit machen müssen. Zweitens sind nicht immer geschliffene Feilen vor- handen, so daß öfters gefeiert werden muß. Drittens ist das Werkzeug sehr mangelhaft und muß immer Einer vom Andern borgen. Einem Kollegen, welcher es sich nicht wollte gefallen lassen, nur die schlechte Arbeit zu machen, wurde einfach von dem jungen Herrn Pohlhaus entgegnet, wenn es Ihnen nicht paßt, so können Sie gehen. Vielleicht arbeitet der Herr auch noch einmal als Ge- fesse bei anderen Meißlern. Im Weiteren wurde auch betont, daß die Kollegen be- treffender Musterwerkstatt einander mehr Solidarität erweisen möchten, damit solche Zustände nicht vorkommen könnten. Was dem Einen heute passiert, kann dem Andern morgen passieren, diese Erfahrung wird jeder Kollege schon gemacht haben. Bei Ver- schiedenes gab Kollege Wiebeck bekannt, daß ein Kollege schwer krank sei und seine Ver- hältnisse dadurch sehr bedauerliche wären, er ersuchte darum die Kollegen, helfend einzu- greifen, welches auch von der Versammlung anerkannt und einstimmig beschlossen wurde, unter den Kollegen eine Sammlung vorzu- nehmen. — Ferner wurde der Wunsch ge- äußert, in kürzester Zeit wieder eine Ver- sammlung einzuberufen und auch in der „Metallarbeiter-Zeitung“ öfter ein Lebens- zeichen von uns zu geben, damit auch die Kollegen Deutschlands sehen, daß wir immer fest an dem großen Werke der Befreiung der Arbeiterklasse bauen helfen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Da nunmehr bald ein Jahr seit Insleben- treten des Verbandes verstrichen und in ver- schiedenen Verwaltungsstellen die Ansicht ver- breitet ist, daß die Wahl der Ortsverwal- tungen im August stattfinden müsse, bringen

wir hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß laut Beschluß des Vorstandes und Ausschus- ses in der am 3. Januar ds. J. gemeinschaft- lich abgehaltenen Sitzung die **Neuwahl der Ortsverwaltungen alljährlich im Monat Januar** in Gemäßheit des § 14 Abs. 2 des Statuts stattfinden hat.

Eine häufig von den Ortsverwaltungen an die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ gestellte Forderung geht dahin, die ohne Ab- meldung und mit Hinterlassung bedeutender Mischstände an Steuern abgerechneten Mitglieder öffentlich zur Erfüllung ihrer Verpflich- tungen aufzufordern.

Ganz abgesehen davon, daß durch berar- tigte öfters wiederholte Aufforderung die Zei- tung schließlich zu einem Organ für Geld- briefe wird, hat sich dies Mittel überhaupt noch nie als erfolgreich bewährt und machen wir deshalb bekannt, daß öffentliche Auf- forderungen, die Mahnungen enthalten, als zwecklos künstlich zu unterbleiben haben. Mitglieder, die ohne Abmeldung und ohne ihre Reste vorher zu begleichen abreisen, er- halten keine Reiseunterstützung und dürfen in einer anderen Verwaltungsstelle nicht aufgenommen werden, bevor sie nicht diesen ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Wenn seitens der Ortsbeamten (was leider heute nicht immer geschieht) diese Be- stimmung streng befolgt wird, werden nicht nur die öffentlichen Aufforderungen über- flüssig, sondern überhaupt dem Uebel der Ab- reife ohne Abmeldung z. bald gesteuert sein.

Es herrscht bei den die Wanderunter- stützung auszahlenden Ortsbeamten noch sehr viel Unklarheit über das Verhalten den Mit- gliedern ausländischer Organisationen gegenüber. Solche Mitglieder sind nach § 5 Abs. 6 des Statuts zu behandeln, d. h. sie erhalten, sobald sie 6 Monate ihrer Organi- sation angehört haben und die letztere unjeren Verbandsmitgliedern bei einer etwaigen Reise ins Ausland dieselben Rechte gewährt, Reise- unterstützung nach Maßgabe des Verbands- statuts. Es ist den Betreffenden zunächst ein Mitgliedsbuch und eine Reiselegitimation aus- zustellen und dann so wie bei den Verbands- mitgliedern zu verfahren.

Etwas in der früheren Organisation vorausbezahlte Wochenbeiträge können für den Verband nicht angerechnet werden, vielmehr beginnt die Beitragspflicht zum Ver- band mit dem Tage der Einhängigung des Buches und sind die laufenden, sowie rück- ständigen Steuern von der Unterstützung ab- zuziehen.

Eine selbstverständliche Voraussetzung für Ausstellung eines Verbandsbuches ist es, daß das Mitglied bis zum Tage der Ab- reife seinen Verpflichtungen in der früheren Organisation nachgekommen ist und sich ab- gemeldet hat.

In derselben Weise ist mit den Mitglie- dern des Verbandes aller in der Metallin- dustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend zu verfahren.

Das Mitglied Heinrich Falls aus Wolfshagen, Buch Nr. 15,689, hat durch Ver- sehen des Ortsbeamten in Bant bei Wil- helmshafen 4,31 M zu viel Wanderunter- stützung erhalten. Wir ersuchen die Beamten der Bahnhöfe, die F. berühren sollte, ihn da- rauf aufmerksam zu machen und die zu viel bezahlte Summe von der fälligen Wander- unterstützung in Abzug zu bringen. Das selbe gilt von dem Mitglied Schuster, Buch Nr. 34,798, der in Gotha irrthümlich 5,84 erhalten hat.

Die Reiseunterstützungsauszahlter werden aufgefordert, das Mitgliedsbuch des Max Hubert, Glaschner, Haupt-Nr. 2, anzuhalten und den Inhaber des Buches, einen gewissen Konrad Ebert, wegen Entwendung des Mitgliedsbuches der Polizeibehörde zu über- geben.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: **Formex von Dinklage in Döben- burg, Döbeln i. S. u. Nürnberg, Feilen- hauer von Ghennuitz, Jagen, Döflern i. W. u. Bernsdorf b. Dresden.**

Eine Durchsicht der letzten ein- gefandten Abrechnungen ergibt ziem- lich hohe Passenbestände an Orten, wonächst einmal Wanderunterstützung ausbezahlt wird. Wir ersuchen die bet- r. Orte, alle entbehrlichen Gelb- mittel umgehend an uns einzusenden.

Da wir mit dem 15. Juni unser bis- heriges Bureau in der kurzen Straße 3 aufgegeben gezwungen waren, bitten wir künftighin alle Sendungen an den „Deut- schen Metallarbeiter-Verband, Stutt- gart, Schlosserstraße 21,“ zu adressieren. Alle für den Verband bestimmten Geld- sendungen sind nur an die Adresse un- seres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1.

zu richten, und ist auf dem für Mittheil- ungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongreßprotokolle oder Delegiertensteuer ist. Mit kollegialen Gruß!

Der Vorstand.

Der Schlosser Heinrich Wiebmeier aus Flecht, Buch-Nr. 1786, wird gebeten, uns umgehend seine Adresse anzugeben, damit wir ihm eine für ihn bestimmte Postsendung zustellen können.

Allgemeine Kranken- u. Sterbe- kasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln.

- Nr. 9810. Karl Remar.
7868. Aug. Leppert.
6028. Aug. Kahlfeldt.
1414. P. Breidenbach.
7686. H. Boll.
6575. Joh. Müller.
7589. Friedr. Urbahn.
7786. Herm. Birnbaum.
8672. Karl Nauchfuß.
5648. Joh. Nauchfuß.
8080. Heinr. Bähler.
8036. Ernst Wänger.
3624. G. J. Lehr.
2426. Anselmo Schäfer.
4081. Friedrich Roth.
9288. Franz Schlenk.
9911. Ludwig Schauer.
1060. Anton Singer.
3048. Karl Joh.
1882. Chr. Wissenbach.
6289. G. Mac.
7990. Chr. Klemm.
3008. Georg Schmidt.
9307. Joh. Richter.
3714. Joh. Bidel.
9308. Joh. Dr. Böhm.
3852. Jonathan Nachtigal.
8031. Karl Krämer.
4268. Gust. Ad. Schmidt.
9738. Bernh. Reich.
14567. Heinr. Büffelholz.
19305. Nikolaus Janocha.
12589. Aug. Scherlkowski.
17963. Chr. Horn.
16237. Joh. Heinr. Wiskhoff.
16212. Heinr. Kälgen.
30787. Wilhelm Solf.
14815. Jos. Gacel.
14825. Karl Lorenzen.
16364. S. Klein Schmidt.
19772. Hans Thonissen.
10226. Wolfgang Siebenkus.
13797. Franz Wessely.
14647. Paulus Bederer.
14888. Friedr. Wessely.
14541. Johann Fierzmann.
17690. L. Burkert.
15238. Jakob Wamischel.
15346. Gust. Stammeier.
18665. Emil Weig.
10793. Konrad Schlenker.
14357. Heinrich Lütz.
13150. Anton Wirtz.
14843. Albert Mung.
17797. Karl Weinert.
19967. Moriz Becker.
17121. Ludwig Bornholt.
15169. Friedrich Blasberg.
15800. Aug. Baummann.
18247. Otto Voigt.
17584. S. Preker.
11437. Karl Birker.
11301. Konrad Jenzus.
17951. G. Dürr.
19841. Karl Baumann.
10487. Heinr. Maulhardt.
14968. Chr. Gerhardt.
10287. Aug. Greiner.
34449. H. Gag.
31433. Paul Roth.
20837. Hugo Thiele.
24374. Hebermann.
29215. Tomas Görg.
23756. Jakob Lebit.
22435. Heinr. Fühner.
15311. Julius Jung.
20084. Anton Luhn.
33811. Rudolf Ehrbach.
32095. Albert Förster.
28900. Otto Reichbauer.
23869. Johann Witz.
24223. Aug. Michels.
22359. Heinrich Walsch.
25380. Wilh. Winterhoff.
26889. Karl Kalkowski.
21797. Daniel Steffen.
28563. Eduard Müben.
35231. Adolf Käpfer.
25472. Eubert Küppers.
25490. Heinrich Brich.
27770. Jakob Engel.
21937. Emil Kurlowski.
33747. Eduard Liebram.
33759. Wilhelm Henn.

- Nr. 33749. Jakob Böhner.
23581. Johann Kuttel.
28737. Hermann Heynert.
20134. W. Großberger.
22023. Jakob Becker.
28789. Herm. Schwichtenberg.
34872. Wilh. Hahn.
39061. Karl Diehl.
28033. Gust. Friedrich.
28070. Robert Stöhr.
26408. Eduard Trosten.
80288. Heinr. Kauf.
30817. Max Buchner.
31019. Niels Peter Jensen.
24037. Karl Hünneken.
26287. Jos. Fuchs.
25082. Leopold Schmidt.
29092. Karl Scharbing.
20708. Eduard Drepler.
22088. Karl Marbus.
29813. John Zerrahu.
29821. Moriz Hunger.
29829. Moriz Ruhland.
30088. Otto Humann.
35068. Friedrich Diebling.
35082. Karl Jette.
35078. Hellmuth Kaiser.
33221. Andreas Bieler.
20926. Herm. Schneider.
22147. Franz Supersberg.
22228. Paul Buchner.
22218. Ernst Degen.
20237. Stephan Fischer.
28282. Gabriel Oder.
29131. Joseph Steiger.
29988. Michael Lohmeyer.
29946. Karl Schmidt.
20556. Heinr. Schultes.
26528. Jos. Schwabenstaller.
27060. Johann Döflner.
27082. Bernhard Koch.
32821. Heinrich Klein.
37941. Johann Eber.
35186. Richard Hise.
35180. Gustav Wölge.
29976. Friedr. Schuster.
27004. Georg Leberhammer.
27770. Erhard Hirschmann.
24729. Georg Birkmann.
33103. Joh. Girtler.
28202. Johann Häfner.
36732. Heinrich Schüller.
23726. Franz Domie.
27021. Ph. Grundstein.
29477. Konrad Lang.
31401. Reinhard Gloschke.
28497. Hermann Sachs.
28497. Aug. Hilbrecht.
28062. Max Umlauf.
26067. Kurt Krumbügel.
26026. Aug. Lange.
20864. Friedr. Müller.
26941. Georg Müller.
23420. Eibert Berg.
28628. Herrn. Sternberger.
28624. Jean Berger.
34262. Friedr. Frank.
34265. Karl Wolf.
27576. Karl Delle.
30839. Emil Behold.
25886. Karl Brandau.
24141. Joh. Hain.
24513. Ferdinand Schackerl.
26715. Gust. Heghufen.
34610. Emil Krauß.
34603. Aug. Dietrich.
34504. Rud. Möller.
34506. Oskar Fiedler.
34491. Eduard Hofmann.
34594. Karl Reumeyer.
29768. Magnus Streiber.
29771. Paul Krusch.
34363. Johann Bäder.
25627. Hermann Reuber.
26154. Michael Pawlinski.
28933. Friedrich Bachmann.
32153. Louis Wönnne.
34645. Karl Müller.

Bekannt. Die hiesige Filiale hielt im „Thalia-Saal“ eine stark besuchte Mitglie- derversammlung ab, um Stellung zur Gene- ralversammlung zu nehmen. Es wurde nach eingehender Begründung folgender Antrag gestellt: „Da durch die Novelle eine ganz be- deutende Umänderung der Statuten erforder- lich geworden ist, werden mit Inkrafttreten derselben eine große Masse Mitglieder zum „Vulkan“ übertreten, es wolle deshalb die Generalversammlung beschließen: 1. Die All- gemeine Kranken- und Sterbekasse der Metall- arbeiter, G. S. Nr. 29, mit dem 31. Dezem- ber 1892 aufzulösen; 2. mit dem 1. Dezem- ber 1892 eine neue Kranken- und Sterbekasse für die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zu errichten, welche dem § 75 d. R. V.-G. entspricht. Dieselbe muß wie der „Vulkan“ den Mitgliedern der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse ohne Beitrittszelo den Uebertritt gestatten und die Zeit der Mit- gliedschaft in der „Allgemeinen“ in Anrech- nung bringen; 3. den Mitgliedern der „All- gemeinen“ zu empfehlen, in die neue Kranken- und Sterbekasse oder in den „Vulkan“ über- zutreten. Da beide Klassen die früher erwor- benen Rechte übernehmen, ist ein Schaden für die Mitglieder ausgeschlossen; 4. das vor-

handene Vermögen der Klasse, soweit es nicht zur Deckung der aus dem Gesetz sich ergebenden Verpflichtungen verbraucht wird, den beiden Klassen je nach dem Prozentsatz der übergetretenen Mitglieder zu überweisen." — Wie der Antrag zeigt, soll damit bezweckt werden, daß den Mitgliedern, welche für Umwandlung in eine Zuschußklasse sind, dadurch Rechnung getragen wird, daß dieselben beim Uebertritt in den „Bulkan“ den auf sie fallenden Teil des Vermögens der Klasse mit hinübernehmen können; und die Mitglieder, welche für Anpassung an das neue Gesetz sind, haben auch keinen Schaden, da sie den auf sie fallenden Teil des Vermögens der Klasse ja mit in die neue Klasse hinübernehmen. Da dieselben ferner erst mit dem Tage der Gründung der Klasse anzufangen brauchen, den Reservefond zu sammeln, können sie den Uebergang auch leichter überwinden. Die Delegierten der 8. Wahlabteilung werden auch für den Antrag eintreten und hoffen, daß sich die Generalversammlung mit dem Antrag einverstanden erklärt, da dieselbe doch nicht wünschen kann, daß durch einen einseitigen Beschluß eine solche Stimmung unter unsern Mitgliedern herbeigeführt wird, wie dieselbe bei den Mitgliedern der Tischler- und der Tischlerkassette vorhanden ist.

Halle a. S. Am 10. Juli tagte im Konradipalast eine Mitgliederversammlung. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der neue Statutenentwurf durchberathen und im großen Ganzen gut geheßen, einige Änderungen und Zusätze sind dem Vorstand zugehend zur Berathung bei der Generalversammlung. Ein Antrag für Verbeibaltung der Klasse wurde einstimmig angenommen, ohne dabei die hier gewählten Delegierten an diesen Beschluß zu binden. Unter Verschiedenem erregte ein Antrag der Filiale Leipzig große Heftigkeit, welcher dahin geht, Beschwerde in der Generalversammlung zu erheben, weil die Hallenser 2 Kandidaten aufgestellt haben. Da von mehreren Filialen der 11. Abteilung Proteste im gleichen Sinne erhoben waren, so sprach man die Ansicht aus, daß dies wohl auf die Agitation der Filiale Leipzig zurückzuführen sei, indem im ersten Wahlgang nicht eine Stimme mit Protest gekommen sei, daß zwei Kandidaten für Halle zu viel wären. Großen Unwillen erregte ferner ein Bericht der Filiale Weimar in der „Met.-Arb.-Ztg.“, in welchem es heißt, Halle und Gleichenstein haben zusammen drei Kandidaten aufgestellt bei einer Mitgliedschaft von 400 Mann. Man sollte doch der Wahrheit die Ehre geben, denn in der Abrechnung für 1891 findet Jeder, daß die Mitglieder über 600 betragen. Im weiteren heißt es in dem Bericht, die Hallenser Kollegen hätten nicht den Muth gehabt, auszusprechen, was sie wollten. Hätten doch die Weimarer unsere Versammlung besucht, dann hätten sie gehört, was wir wollen, gefragt haben sie uns nicht! Zum Schluß heißt es in dem Bericht: „Wir haben Kollegen Jäger gewählt, weil er wenigstens sagt, was er vertreten will.“ Soviel Muth haben die Hallenser freilich nicht, wie Kollege Jäger, welcher laut Protokoll von der Filiale Leipzig mit gebundenem Mandat für Umwandlung der Klasse in eine Zuschußklasse gewählt wird und anderen Filialen verspricht, wenn sie ihn wählen, würde er für Verbeibaltung der jetzigen Klasse eintreten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige im Konradipalast tagende Mitgliederversammlung weist die Angriffe verschiedener Filialen der 11. Wahlabteilung in Betreff der Aufstellung von 2 Kandidaten energisch zurück, weil wir nur von dem uns zustehenden Recht, das wir uns von Niemand bestritten lassen, Gebrauch gemacht haben.“

Vermischtes.

Bedürfnis Sammlungen zu Streikzwecken der polizeilichen Erlaubniß? Diese für die sächsischen Arbeiterkreise höchst wichtige Frage ist am 5. Juli von der 5. Strafkammer des Leipziger Landgerichts verneint worden für die Fälle, wo die Sammlung sich beschränkt auf Arbeiter, die einer Organisation angehören (Gewerkschaftsartell). Der Expedient Blume vom Leipziger „Wähler“ und der Tischler Gajshitz hatten Berufung eingelegt gegen ihre Verurtheilung zu je 50 M Strafe wegen verbotenen Sammelns. Die Verhandlung über diese Berufung fand bereits am 28. Juni statt. Das am 5. Juli verkündete Urtheil stellt fest, daß Blume durch Entgegennahme von Geldern und Dmiltung darüber im „Wähler“, sowie außerdem durch eine den Dmiltungen beigelegte Bemerkung, durch die Blume nur zu genauer Kontrolle der öffentlichen Dmiltungen angeregt haben will, Sammlungen veranstaltet habe, und zwar seien diese Sammlungen Blumes öffentliche und sonach, weil ohne Erlaubniß der Polizei erfolgt, strafbare, da sie sich zwar auf den Defertkreis des „Wähler“ beschränkten, dieser Defertkreis aber in keinem inneren Zusammenhang unter sich stände. Die Berufung Blumes wurde daher verworfen, auch der eventuelle Antrag des Vertheidigers Nichts-

anwalts Gustav Hofmann auf Herabsetzung der Strafe, der den durchaus erlaubten und nach keiner Richtung zu mißbilligenden Zweck der Sammlungen: Unterstützung von streikenden Hilfsarbeitern im Buchdruckergerwerbe, betont hatte, zurückgewiesen. Aber die Berufung des Gajshitz hatte Erfolg, weil das Landgericht bei diesem annahm, daß er nur die Beschlüsse einer vom Gewerkschaftsartell abgehaltenen Versammlung ausgeführt habe, in welcher beschlossen worden war, daß für die streikenden Hilfsarbeiter im Buchdruckergerwerbe innerhalb der dem Gewerkschaftsartell angehörigen Gewerkschaften durch Vertrauensmänner der einzelnen Gewerkschaften mittels anzugebender Sammellisten gesammelt werden solle. Gajshitz hatte als Vertrauensmann der Tischler solche Listen ausgegeben. Das Landgericht erklärte für nicht erwiesen, daß Gajshitz die Listen auch Arbeiter zur Einzeichnung von Beiträgen vorgelegt habe, die nicht der Organisation des Gewerkschaftsartells angehört haben, und daß Gajshitz sonach nicht aus dem Rahmen dieser Organisation herausgetreten sei. Die Sammlung des Gajshitz sei daher keine „öffentliche“ im Sinne der Polizeiverordnung.

Der „Stimmen“ der souveränen-talen Sozialreform. Der Halberstädter Magistrat hat ein neuerliches Gesuch um Errichtung eines Gewerbegerichts wieder abgelehnt und zwar, wie die Halberstädter „Sonntagszeitung“ mittheilt, u. A. mit folgender Begründung: „Durch die Wahlen der Wähler zum gewerblichen Schiedsgericht strebe man von sozialdemokratischer Seite, ein Agitationsmittel auf Kosten der Stadt zu gewinnen, und werde von dieser Seite nicht erlangt, Kritik über die getroffenen Entscheidungen in weiteren Kreisen zu treiben.“ — Es ist das wirklich das Menschenmögliche, was mit dieser nach allen Richtungen hin falschen und wohl auch geschwobrigen, weil parteipolitischen „Begründung“ eine Gemeindegewalt den Arbeitern zu bieten mag. In dem vom 4. Februar 1890 datirten Erlasse des deutschen Kaisers an den Reichskanzler heißt es ausdrücklich: „Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, so weit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern.“ Und in dem ebenfalls vom 4. Februar 1890 datirten kaiserlichen Erlasse an den Minister für Handel und Gewerbe heißt es weiter: „Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaftig und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und die Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den Besseren Fühlung zu behalten.“ — Durch die reichsgesetzliche Schaffung der Gewerbegerichte ist eine solche Form geschaffen, mittelst welcher die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Interessen mit Unternehmern und Staatsbehörden theilnehmen können, und nun kommt der Halberstädter und so mancher andere Magistrat und verhindert die Arbeiter am Genuße der Einrichtung, welche der kaiserliche Erlaß verpricht.

VI. ordentliche Generalversammlung der nationalen Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter u. v. B.

Obige Generalversammlung, welche vom 4.—7. Juli in Mainz tagte, war von 29 Delegirten und 8 Vorstands- und Ausschüsmitgliedern besucht. Zu Vorsitzenden wurden Bindemann-Berlin und Bender-Hanau; zu Schriftführern Großmann, Müller, Schmidt und Härtel-Gmünd, Urbach, Berlin und Stahl-Worheim; als Führern der Mederische Feller-Gmünd und Theurer-Müßelsberg gewählt. Die Verhandlung wird auf kurze Zeit vertagt, zunächst zur Mandatsprüfung, später um der Revisionskommission Zeit zu lassen. Die Mandate werden alle für gültig erklärt. Zu diesem Punkte wird von verschiedenen Delegirten Klage geführt über die Schere mit der Polizei bei Beglaubigung des Mandats. *) Es wird beschlossen, in Zukunft die

Namen der Gewählten der Polizei mitzutheilen und es dieser zu überlassen, nachzuweisen, daß einer derselben die erforderlichen Eigenschaften nicht besitz. Die Revisionskommission berichtete durch Holskamp-Berlin, daß Alles in bester Ordnung besunden und beantragt für den 1. Vorsitzenden und den Hauptkassier Deharge, die auch einstimmig ertgelt wird. Vor Berathung der Statuten wird auf Wunsch Bindemanns in die Diskussion über einen vorliegenden Antrag: „Die Klasse in eine Zuschußklasse zu verwanbeln“ eingetreten. Es theilte sich an derselben u. A. Holskamp, Winkler-Hanau, Wibeck-Stuttgert, Lindemann und Berger-Frankfurt a. M., welche sämmtlich gegen diesen Antrag sprachen. Ein Antrag Schönemann-Berlin, der sich für das Fortbestehen als freie Hilfsklasse ausspricht, wird einstimmig angenommen. Als Grundlage der nun folgenden Statutenberathung dient ein, vom Vorstand nach dem Normalstatut ausgearbeiteter Statutenentwurf. Trotz der durch die Krankenkassen-Novelle eingetretenen Mehrbelastung der Klassen wird die Altersgrenze für Beitretende von 45 auf 50 Jahre erweitert und fällt außerdem noch der bisher übliche Alterszuschlag (vom 40. Jahre an) in Zukunft fort. Weitere wichtige Änderungen der volle drei Tage währenden Statutenberathung sind: Das Eintrittsgeld wird in allen Klassen um 50 S herabgesetzt und beträgt demnach in der:

1. Klasse	2,50
2. „	2,—
3. „	1,50
4. „	1,—
5. „	—

Die bisher für das Mitgliedsbuch und Statut erhobenen 30 S fallen fort, dafür trägt jedoch der Beitretende die Kosten der ärztlichen Untersuchung selbst. Die laufenden Beiträge betragen wöchentlich (auch während der Krankheit):

in der 1. Klasse	60 S
„ 2. „	50 „
„ 3. „	40 „
„ 4. „	30 „
„ 5. „	20 „

Der erwerbsunfähig Erkrankte erhält dafür, neben freier ärztlicher Hilfe und Arznei, auf die Dauer von 52 Wochen wenn er der Klasse über ein Jahr angehört; gehört er der Klasse noch kein Jahr an, auf die Dauer von 10 bis 12 Wochen, als er derselben angehört, wenigstens jedoch für 18 Wochen ein Krankengeld und zwar in der:

1. Klasse tägl.	2,83, wöchentl.	17,—
2. „	2,25, „	13,50
3. „	1,73, „	10,40
4. „	1,16, „	7,—
5. „	—,66, „	4,—

Ueber die Feststellung dieser Sätze wurde eine sehr eingehende Debatte geführt, die zum Theil sehr erregt wurde. An derselben theilnahmen sich u. A. Holskamp, Winkler, Hempel-Leipzig, Boffert-Bauschlott, Ganß-Gmünd, Göbde-Langendlebach und der 1. Vorsitzende Klaus-Gmünd. Von Berlin, Hanau, München und Gmünd war beantragt, noch eine höhere Unterstützungsstufe einzuführen (75 resp. 72) und 18 resp. 20 M), was endlich in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt wurde. Mitglieder, welche noch einer anderen Klasse angehören, erhalten an Stelle der freien ärztlichen Behandlung und Arznei ein um 1/2 des ortsbüchlichen Taglohns ihres Beschäftigungsortes erhöhtes Krankengeld. Verpflegung in einem Krankenhause auf die Dauer von 13 Wochen tritt ein in allen im § 7 Biff. 1 des Krankenkassengesetzes vorgesehenen Fällen. Die hier noch eingeschaltete „geschlechtliche Ausschweifung“ wurde nach entschiedenem Protest der Delegirten Berger und Ganß mit 28 gegen 1 Stimme gestrichen. Mitglieder, welche die Unterstützung ununterbrochen für 39 Wochen erhalten haben, erhalten bei Neuerkrankung nur auf 13 Wochen Unterstützung, wenn der Fall im Laufe eines Jahres eintritt. Als Strafe für verschiedene Vergehen und Nachlässigkeiten wird das Krankengeld für eine Woche um eine Stufe herabgesetzt. Das Begräbnisgeld wird festgesetzt in der:

1. Klasse auf	120.
2. „	100.
3. „	80.
4. „	60.
5. „	40.

Die Bestimmungen über Vorstand und Ausschuß bleiben dieselben, nur daß letzterer von 7 auf 5 Mitglieder reduziert wird. Als Ärzte im Sinne des neuen Statuts gelten auch Naturheilkundige und Homöopathen, denen die Ausübung der ärztlichen Praxis gestattet ist. Die örtlichen Verwaltungsstellen können für Sozialausgaben 5 Prozent der ein-

gehenden Beiträge verwenden. Ein Antrag: „an Stelle der Duktionsmarken Stempel anzuschaffen“ wird mit überwiegender Majorität abgelehnt. Die Wahlabteilungen (zur Generalversammlung) erfahren eine andere Eintheilung, so daß in jeder Abteilung von 250 Mitgliedern nur ein Delegirter zu wählen ist, mit Ausnahme der großen Zahlstellen, die veranlaßt ihre größeren Mitgliederzahl mehrere Delegirte wählen können. Die Delegirten erhalten pro Tag 5 M Däten und 5 M für Zeitvergnügniß. Eine von Frankfurt a. M. beantragte und von Berger beströmte Reduzirung auf je 4 M wurde abgelehnt mit 19 gegen 7 Stimmen. Sollte sich innerhalb eines Jahres zeigen, daß die Klasse unter den angenommenen Verhältnissen nicht bestehen kann, so hat der Vorstand eine außerordentliche Generalversammlung nach Gmünd (zur Erparung der Kosten) einzuberufen, eine prozentuale Gleichstellung vorzunehmen. Als Organ der Klasse wurde der „Goldarbeiter“ bestimmt; ein hiezu von Berger gestellter Antrag, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ als Organ anzunehmen, wurde nach lebhafter Debatte mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Majorität erkannte, daß mit Ausnahme dieses Antrages dem „Goldarbeiter-Verband“ der Todesstoß verjagt würde. Um die sehr lästig werdenden Vertagungen der Generalversammlung wegen der Revision zu vermeiden, sollen sich die aus fünf verschiedenen Wahlabteilungen hierzu gewählten Delegirten einen Tag vor Eröffnung der Generalversammlung an dem hierzu bestimmten Orte einfinden. Interessant war die Debatte über die Einführung eines „Schiedsgerichts“. Dasselbe wurde vom Vorsitzenden Klaus warm empfohlen und derselbe von den Delegirten aus Süddeutschland, hauptsächlich aus Gmünd unterstützt, während die nord- und mitteldeutschen Vertreter (aus Berlin, Hamburg, Wilmberg, Leipzig, Dresden und Frankfurt a. M.) geschlossen dagegen stimmten. Nach der Annahme, die mit 13 gegen 9 Stimmen erfolgte, wurde gegen die weitere Bestimmung, daß dies Gericht „endgiltig entscheiden“ und „eine Berufung an den Zivilrichter unzulässig“ sein soll, von den vorherigen Gegnern nochmals entschieden Front gemacht und mit Erfolg, denn diese Bestimmung fiel mit 14 gegen 9, wodurch dann das ganze Schiedsgericht illusorisch gemacht war. Der vorhergehende Beschluß, die Errichtung beschließend wurde aufgehoben und der Ausschuß mit Entscheidung der Beschwerden auch weiter betraut. Als Sitz des Vorstandes und des Ausschusses wurde Gmünd einstimmig wieder gewählt. Der Gehalt des 1. Vorsitzenden wurde auf Antrag Frankfurt und Berlin auf 1500 M erhöht (bisher 1200), außerdem bekommen noch Entschädigung: der Hauptkassier 100 M, die Kontroleur je 50 M, der Ausschuß insgesamt 50 M, und der 2. Vorsitzende, der Protokollführer und der Beisitzer zusammen 50 M. Der Gesamtvorstand wurde in getrennten Wahlgängen mittels geheimer Abstimmung einstimmig wiedergewählt. Die Erhöhung des Gehalts tritt sofort ein. Als Ort, an dem die nächste Generalversammlung tagen soll, wurde von den vorgeschlagenen Stuttgart, München und Frankfurt München gewählt.

Litterarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, S. S. W. Dieck' Verlag) ist uns soeben die Nr. 14 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Genchlerische Fürsorge. — Zur Frage weiblicher Kandidaturen. — Marie Ferré. — Feuilleton: Die Nachbarn. Ein Märchen von Schickelbrin. Aus dem Russischen von A. T. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S, durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564 a) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 S; unter Kreuzband 85 S. Inzeratenpreis die zwaispaltene Petit-Zeile 20 S. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart S. S. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 42. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Die von Westphalen. — Die Hungernoth in Rußland. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. 1877—1885. Von J. A. Sorge. (Schluß.) — Bucher, Bismarck und v. Posinger. Von Ferd. Wolff. — Litterarisches Rundschau. — Feuilleton: Dunkle Mächte. Roman von Gise Sanger. Sozialpolitisches Feuilleton (herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von J. Guttenberg in Berlin). Aus dem Inhalte der Nummer 28 heben wir hervor: Zur Auswanderungsfrage in Rußland. Von

*) Die Mandate tragen extra eine von der Polizeibehörde zu beglaubigende Notiz, daß der Gewählte „großjährig“ und „im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte“ sei.

N. v. Strube. — Die Güterverhältnisse in Bayern. Von Dr. Arthur Cohen. — Zur Entwicklung der Handindustrie in Preußen. Von Dr. Max Duard. — Der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs. — Die Ergebnisse der österreichischen Krankenversicherung im Jahre 1890. Von Dr. Adolf Braun.

Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Gehalt, erläutert von Karl Kautsky (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag). VIII und 264 Seiten. Broschirt M 1.50, gebunden M 2.—. Inhaltsverzeichnis: 1. Der Untergrund des Kleinbetriebs. 2. Waare und Kapital. 3. Die kapitalistische Produktionsweise. 4. Der Lebenskampf des Kleinbetriebs. — II. Das Proletariat. 1. Proletariat und Handwerksgehilfe. 2. Der Arbeitssohn. 3. Die Auflösung der Proletarierfamilie. 4. Die Proletarion. 5. Die industrielle Reservearmee. 6. Die wachsende Ausdehnung des Proletariats. Das Kaufmanns- und das gebildete Proletariat. — III. Die Kapitalistenklasse. 1. Handel und Kredit. 2. Arbeitsteilung und Konkurrenz. 3. Der Profit. 4. Die Grundrente. 5. Die Steuern. 6. Das Sinken des Profits. 7. Das Wachstum der Grobbleibe. Die Kartelle. 8. Die wirtschaftlichen Krisen. 9. Die chronische Ueberproduktion. — IV. Der Zukunftsstaat. 1. Soziale Reform und Revolution. 2. Privateigentum und gemeinschaftliches Eigentum. 3. Die sozialistische Produktion. 4. Die wirtschaftliche Bedeutung des Staates. 5. Der Staatssozialismus und die Sozialdemokratie. 6. Der Aufbau des Zukunftsstaates. 7. Die Abschaffung der Familie. 8. Die Konfiskation des Eigentums. 9. Die Verteilung der Produkte im Zukunftsstaat. 10. Der Sozialismus und die Freiheit. — V. Der Klassenkampf. 1. Der Sozialismus und die bestehenden Klassen. 2. Gefinde und Bediententum. 3. Das Lumpenproletariat. 4. Die Anfänge des Lohnproletariats. 5. Die Erhebung des Lohnproletariats. 6. Der Widerstreit der das Proletariat erhebenden und herabdrückenden Tendenzen. 7. Die Philantropie und die Arbeiterkassengebung. 8. Die Gewerkschaftsbewegung. 9. Der politische Kampf. 10. Die Arbeiterpartei. 11. Die Arbeiterbewegung und der Sozialismus. 12. Die Sozialdemokratie — die Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus. 13. Die Internationalität der Sozialdemokratie. 14. Die Sozialdemokratie und das Volk.

Wir erhalten jeden Heft 14 des Lesezweckes: „Die deutsche Revolution, Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849“ von Wilhelm Bloz, (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag). Das vorliegende Heft beschreibt die Volkserhebung in Wien und deren Ueberwindung. — An Illustrationen enthält das Heft: Latour's Ende, Kampf vor der Sophienbrücke in Wien, Robert Blum's Hinrichtung, ferner die Porträts von Wenzel Messnerhauser, Joseph Bem und Arthur Görgey. Außerdem ist dem Heft eine getreue Nachbildung des letzten Briefes von Robert Blum an seine Frau beigegeben. — Das Werk wird in ca. 22 Lieferungen à 2 Bogen Großoktav komplett vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 20 ¢.

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Erläuterungen zum Erfurter Programm von Karl Kautsky und Bruno Schönlank. 8., 64 Seiten. Preis geh. 10 ¢. Berlin 1892. Verlag des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. Der Parteitag zu Erfurt im Oktober 1891 hat der deutschen Arbeiterklasse ein neues Programm gegeben. Dasselbe ist nun auch feithier in seinem Wortlaute in großer Anzahl in allen Teilen des Reiches als Flugdrift verbreitet worden und hat sich sowohl unter dem großstädtischen Industrieproletariat als auch unter den ländlichen Arbeitern als gutes Agitationsmittel erwiesen. Aber immer mehr hat sich das Bedürfnis nach einer Schrift herausgestellt, welche in gedrängter und leicht faßlicher Weise das Prinzip und die Bestrebungen der Sozialdemokratie darlegt und weiteren der Partei bisher unzugänglichen Kreisen verständlich macht. Eine solche erscheint nunmehr unter obigem Titel im Verlage des „Vorwärts“, Berlin. Genosse Kautsky hat darin den ersten Theil des Programms, die Prinzipienklärung, behandelt. In den Kapiteln — Kleinbetrieb und Großbetrieb, Kapitalismus und Proletariat, Privatmonopol und Staatsmonopol, die Erhebung des Proletariats, der Sozialismus — sind die grundlegenden sozialdemokratischen Lehren populär-wissenschaftlich niedergelegt; während Genosse Schönlank im zweiten Hauptabschnitt unsere Programmforderungen, die von dem Massenbewußten Proletariat als Mittel aufgefaßt werden, um das schließliche Ziel, die sozialistisch organisierte Gesellschaft, zu erreichen, erläutert. Alle Parteigenossen, die für unsere Bestrebungen thätig sein wollen, sollten sich den Massenvertrieb dieser Broschüre besonders angelegen sein lassen, da mit dieser Schrift die Möglichkeit

gegeben ist, immer neue, ungezählte Anhänger für unsere Sache zu gewinnen. Der Preis ist aus dem Grunde so niedrig gestellt worden, so daß sich wohl Jeder über den Inhalt der sozialistischen Auffassung informieren kann.

Berichtigung.

In der Dichtung des Unterkunftsfonds der Metallarbeiterklassen in voriger Nummer muß es in den Einnahmen bei Schlichter-Berlin nicht 8, sondern 25 Mk. heißen.

Zur Beachtung!

Wir ersuchen um Einbringung der rückständigen Abonnementbeträge, wibrigensfalls die fernere Zusendung der Zeitung unterbleibt.

Die Expedition.

Briefkasten.

Kraus, Judau. Der Bericht kam vorige Woche Mittwoch Früh, also zu spät für Nr. 29.

F. D., Reutlingen. Das Geld ist an die Expedition einzufinden.

Witten. Wir ersuchen, die Anzeige für jede Versammlung besonders einzufinden.

Stettin und Heilbronn. Wir bitten, Anzeigen immer separat auf ein Stück Papier zu schreiben.

Reichenschwand. Es kann auch mal eine Sendung verloren gehen.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Altenburg. Sonnabend, den 23. Juli, Abends halb 9 Uhr, Klassenabend und Aufnahme neuer Mitglieder im „Gold. Löwe“.

Brake u. d. W. Sonnabend, 23. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokale G. Sammers, Versammlung.

Braunschweig. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Sonnabend, 23. Juli, Versammlung. T. D.: Abrechnung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Dortmund. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß diejenigen, welche unserer letzten Aufforderung, die Beiträge ratenweise nachzahlen, nicht nachgekommen sind, jetzt gestrichen werden und die Zeitung nicht mehr erhalten, sofern sie dem Zeitungsboten gegenüber nicht ihre fernere Mitgliedschaft zum Verein bekunden. Dem Voten können die Beiträge mitgegeben werden.

Dresden. Sonntag, 24. Juli, Vormittags halb 11 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im Saale der Sambrinus-Bräuerei, Löbtauert. T. D.: Die Arbeiterkoalition, ihre rechtlichen Grundlagen und ihre wirtschaftlich-soziale Bedeutung. Referent: Herr Gärtner, Gewerkschaftsangelegenheiten. Sämtliche Metallarbeiter von Lobtau werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Flensburg. (Allg.) Sonnabend, den 23. Juli, Abends halb 9 Uhr im Vereinslokale bei Christian Nasse, Schleswiger Chaussee 6, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird hortselbst bekannt gegeben.

Flensburg. (Sektion der Klempner.) Die am Dienstag den 5. Juli besprochene Bergnügungs-Tour findet am Sonntag, den 31. Juli statt. Abfahrt vom Staatsbahnhof um 1 Uhr nach Glücksburg, von da zu Fuß nach dem eine halbe Stunde entfernt liegenden schönen Aussichtspunkt Johannisberg. Von Nachmittags 5 Uhr bis zur Rückfahrt Hall im Hotel „Stadt Hamburg“ in Glücksburg. Karten hiezu sind im Voraus zu haben bei den Kollegen Schüll, Winkler und Andreas; Preis à Person 40 ¢. Sämtliche Mitglieder des D. M. A. B. Flensburg, sowie Freunde und Gönner sind freundlichst hiezu eingeladen.

Gassen. (Allgem.) Sonnabend, 23. Juli, Abends 8 Uhr im Saale zum „Deutschen Hause“ Generalversammlung. T. D.: Verschmelzung beider Sektionen in eine Allgemeine.

Gassen. Den Verbandsmitgliedern zur Kenntniß, daß die am 3. Juli abgehaltene Formerversammlung beschloß, unter dies-jähriges erstes Verbandsfest am 30. Juli, Abends halb 9 Uhr im Saale des „Deutschen Hauses“ (Gastwirth Pöhl), mit Konzert und Tanz zu feiern. Es werden sämtliche Verbandsmitglieder von Gassen und Umgebend freundlichst ersucht, sich an der Feier des Festes zu betheiligen. Alle Anträge und Anfragen über Art und Verlauf des Festes, sowie die Höhe des Eintrittsgeldes sind vom Bergnügungs-Komitee zu erfahren. Dasselbe besteht aus: Moriz Kühn, Franz Köhler, Oscar Kanert, Heinrich Buch.

Göppingen. Samstag, 23. Juli, Abds. 8 Uhr, Versammlung im Lokal „Hirsch“. T. D.: Wahl eines Schriftführers.

Hamburg. (Sektion der Klempner u. v. B.) Mitglieder-Versammlung am Dienstag, 2. Aug., Abends halb 9 Uhr bei Wöhle, Valentinskamp, oberer Saal. Kontrolle am Eingang zum Saal.

Hamburg. Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung für sämtliche Sektionen am Mittwoch, 10. August, Abends halb 9 Uhr im Saal des Vereinshauses, Höhe Bleichen.

Hamburg. Herberge und Arbeitsnachweis für sämtliche zugerechnete Verbandsmitglieder nur Großmarkt 38.

Heilbronn. Sonntag, 25. Juli, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge, sowie der Beiträge zu dem am 18. August stattfindenden Sitzungsfeiern.

Höhl a. M. Samstag, 23. Juli, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme und Eingahlung. Abrechnung von Mai und Juni. Der Brauerkreuz in Frankfurt a. M. Verschiedenes. — NB. Wir ersuchen die Besitzer der Bibliothek abzuliefern, da Revision stat finden muß.

Jena. Sonntag, 31. Juli, zweiter Stiftungstag mit Ausflug und Konzert. Glegu laden wir die hiesigen und die Kollegen der Nachbarstädte ein. Abfahrt zum Ausflug Früh halb 7 Uhr nach Großschwalbhausen, dort Empfang der auswärtigen Kollegen. Partie durch den Forst, Nachmittagskonzert auf dem Saalhöfchen. — Sonnabend, 23. Juli, Mitglieder-Versammlung.

Jöhoe. Freitag, 5. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Zentral-Herberge. T. D.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Ortsverwaltung. Vortrag über Gewerbeordnung. Verschiedenes. Die Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Kiel. Mittwoch, 27. Juli, Abds. 8 Uhr bei Gastwirth J. Wurm Mitglieder-Versammlung.

Kiel. Sonnabend, 30. Juli, Abends halb 9 Uhr in den „Volkshallen“ Sektions-Versammlung der Klempner.

Kochhausen. Sonntag, 14. Aug., Vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Die Verschwendung von Werthen unter den heutigen Produktionsverhältnissen. Verschiedenes.

Mühlheim u. Rhein. Die Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle werden ersucht, die Versammlungen pünktlich zu besuchen. Besonders darum, weil in nächster Zeit anregende Themas zur Verhandlung kommen. Außerdem sind eine große Anzahl Absenten zu verzeichnen und werden dieselben ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wibrigensfalls ihnen die Zeitung entzogen werden und der Ausschluss erfolgen müßte. Die nächste Mitglieder-Versammlung ist am Mittwoch, den 27. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Pet. Engels, ob. Freiheitstr. und wird von den Mitgliedern eine regere Theilnahme wie bisher erwartet.

München. (Sektion der Spengler.) Wir machen hiermit bekannt, daß sich seit 11. Juni lfd. J. eine Sektion der Spengler gegründet hat und finden die Vereinsversammlungen jeden ersten Samstag des Monats in der „Neuen Welt“, Blumenstr. 29, statt, sowie die übrigen Samstage Ausflüge in Verkehrslokal beim Fischerwirth. Anzahlung der Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis für unsere Kollegen an Wochentagen von halb 8 bis halb 9 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 11—12 Uhr beim Fischerwirth, Westendlerstraße 6.

Nürnberg. (Sektion der Heizer u.) Jeden Samstag im Lokal „Hohenstein“. Sonntag, 24. Juli Spaziergang nach Gerasmühle. Abmarsch punkt 2 Uhr Nachmittags von der Müller'schen Wirthschaft, Kothenhofstraße. Bei ungünstiger Witterung im Lokal.

Nürnberg. (Sektion der Holz- und Glockengießer.) Sonntag, 31. Juli, zum Gewerkschaftsfest auf dem „Schusterkeller“, Bayreutherstraße. Die hiezu nöthigen Karten sind beim Bevollmächtigten und Kassier zu haben. — Am 7. August, Vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Nachmittags: Einladung der Genossen in Stein zum Gartenfest im „Felsen“.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 30. Juli, Abds. 8 Uhr im Restaurant „Engertranz“, Dölschmannsplatz, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 30. Juli, Abends halb 8 Uhr im Vereinslokale, Verwaltungswohnung. Halb 9 Uhr beginnt die Mitglieder-Versammlung. Sonntag, 31. Juli, Nachm. 3 Uhr, zum Gewerkschaftsgartenfest im „Schusterskeller“. Bei ungünstiger Witterung im Vereinslokale.

Reutlingen. (Allg.) Mittwoch, 27. Juli, Abends präzis halb 9 Uhr im Gasthaus zum „Deutschen Haus“ öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. T. D.: Die Lage der Industriearbeiter und die Mittel und Wege zur Hebung derselben. Referent: Herr Alex. Schlicht.

Schniegling-Loos. Sonntag, 31. Juli, bei Spengler in Muggenhof, Mitglieder-Versammlung.

Siegen. Von heute ab finden die Mitglieder-Versammlungen jeden Samstag Abend statt. Die sämmtlichen Mitglieder werden auf § 3 aufmerksam gemacht.

Tübingen. Dienstag, 26. Juli, Abends 8 Uhr im „Anker“ öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. T. D. u. A.: Gründung einer Verwaltungsstelle des D. M. A. B. Referent: Herr A. Schlicht. Alle Kollegen von Tübingen und Umgebend ersuchen wir zu erscheinen.

Welfert. Sonnabend, 23. Juli, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Wwe. Klotterheidt, Neustraße. Tagesordnung im Lokal. — Den Mitgliedern, welche 8 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande sind, zur Nachricht, daß sie keine „Met. Arb.-Ztg.“ mehr zug. ellt erhalten. — Laut Beschluß der Versammlung vom 10. Juli finden die Versammlungen alle 14 Tage Sonnabends 8 Uhr statt.

Witten. Sonntag, 24. Juli, im Lokale des Wirths Dahn, Herberstraße, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Witten. Zur allseitigen Beachtung! Unsere Herberge befindet sich bei Wittwe Köller, Johannisstr. 22.

Meimar. (Allgemeine Frankens- und Sterbkrasse der Metallarbeiter.) Den Herren Delegirten diene zur Nachricht, daß sich ein Empfangskomitee gebildet hat, welches Sonntag, den 24. Juli, von Früh 6 bis Nachts 2 Uhr auf dem Bahnhof ist; erkenntlich an klamwischen Schleifen. Am selben Abend findet ein Kommerz im Vereinslokale, Leichstr. 12, statt. — Montag, zu Ehren der Delegirten, Konzert im Schlehhaus und Mittwoch öffentliche Krankenkassen-Versammlung.

Anzeigen.

Aufforderung. Die Streifkommission des Ehrenfelder Formersstreiks wird hierdurch ersucht, sich am Sonntag, den 31. Juli, Nachmittags 3 Uhr beim Unterzeichneten behufs Regelung der Abrechnung pünktlich einzufinden. Gleichzeitig werden diejenigen, welche noch im Besitz von Streif-Sammelkarten sind, ersucht, dieselben, ob gezeichnet oder leer, bis zu diesem Zeitpunkt einzufinden, andernfalls die Veröffentlichung der Namen der betreffenden Ueberschreiber erfolgen wird.

C. Polke, Köln, unter Seidenmacher 12. Der Schlosser Aug. Bodenstaf, geb. zu Verden, wird ersucht, seine Adresse wegen Erbschaftsangelegenheiten bei dem Rechtsanwalt Dr. Pfeifer, Hannover Gruppenstraße 8k, abgeben zu wollen.

Wir rufen hiermit unserem abreisenden Kollegen Karl Willards ein herzliches Lebemohl zu.

Die Wombacher Metallarbeiter. Eruche um die Adresse der Feilenhauer Engelbert Brandstädter von St. Gah i am Neuwald, Niederösterreich, und Ludwig Pracht aus Augsburg. Johann Fabian, Feilenhauer, Winterthur, Schwiz.

Verlag von D. F. Poigt in Weimar. Handbuch der Eisen- und Stahlgiesserei. Eine Darstellung des gesammten Betriebes, Regeln für die Anlage der Gießereien und eine Anleitung zur Buchführung und Selbstkostenrechnung enthaltend. Mit theoretisch-praktischer Grundlage bearbeitet und für den Gebrauch in der Praxis bestimmt von A. Ledebur, Bergath und Professor an der Königl. Bergakademie zu Freiberg in Sachsen. Zweite neu bearbeitete und erweiterte Auflage des Handbuchs der Eisengiesserei. Mit 219 Abbildungen. 1892. gr. 8. Geh. 15 Mk. In Halbfranz geb. 18 Mk. Vorzüglich in allen Buchhandlungen. Mit dieser Nummer gelangt Nr. 17 des „Correspondenzblatt“ zum Versandt.